

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Aus dem Inhalt:
 Das weltpolitische Dreieck
 Die braune Hand in Rumänien
 Der Weg der Labourfront
 Napoleon unterm Bett

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Deutsche Waffen

Eine rechtsputschistische Verschwörung in Frankreich

In Paris sind große Waffenlager entdeckt worden, die im Besitz rechtsradikaler Putschisten waren. Man hat Tankabwehrgeschütze, Maschinengewehre, Gewehre, Maschinenpistolen, Handgranaten und Massen von Munition gefunden — genügend Material für einen ernsthaften bewaffneten Aufstand. Der größte Teil dieses Materials stammt aus Deutschland. Der französische Ministerpräsident hat in der Kammer erklärt, daß die Angelegenheit in Anbetracht der Herkunft der Waffen vielleicht Ueberraschungen von schrecklichem Ernst in sich berge.

Diese Waffenfunde sind unbequem für den offiziellen Optimismus, der die wahre Lage in Europa immer noch zu beschönigen sucht. Sie erhellen die Methode der Kriegsführung durch Verschönerung, die von den faschistischen Mächten virtuos geübt wird. Es gibt für England das Problem Palästina, den Daueraufstand der Araber. Wo kommen die Waffen her? Die englische Regierung hat darüber keinerlei Zweifel. Es gibt für Frankreich das Problem Marokko, Algier und Tunis, die lebhaften, stellenweise revolutionäre Formen annehmende Gärung in Nordafrika. Auch hier herrscht über die Urheber keinerlei Unklarheit. Schließlich sind inzwischen Dokumente veröffentlicht worden, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß Mussolini die spanischen Putschisten und Verräter lange vor Ausbruch des Aufstandes mit Waffen und Geld beliefert hat.

Die deutsche Presse hat sich zunächst bemüht, die in Paris entdeckten Waffenlager in kommunistische umzuwickeln. Nachdem diese Lügen nicht mehr haltbar sind, redet sie von geheimnisvollen und gefährlichen Plänen der Kommunisten und Trotzisten in Frankreich. Es ist eine alte Methode, faschistische Putschversuche mit angeblichen kommunistischen Putschversuchen zu rechtfertigen. Sie wurde in größtem Stile geübt nach dem Reichstagsbrand vom Jahre 1933: der braune Terror wurde mit der erlogenen Behauptung begründet, daß er in letzter Minute Deutschland vor einer bolschewistischen Revolution bewahrt habe. Die Lügen und Verschleierungsversuche der braunen Presse sind von derselben Herkunft wie die in Paris gefundenen Waffen.

Als im Jahre 1937 die französische Regierung energisch gegen deutsche Festsetzungsversuche in Marokko auftrat, erhob sich in der deutschen Presse ein befohlener Hetzfeldzug gegen Frankreich. Er war auf den Ton gestimmt: in Frankreich steht eine kommunistische Revolution bevor! Göbbels ließ eine Nachricht verbreiten, daß in Südfrankreich bereits die Sowjetrepublik ausgerufen worden sei. Es erhebt sich die Frage: wollte die braune Propaganda schon damals ein Signal zu einem rechtsradikalen Putsch in Frankreich geben?

Wiederum Ende Juni 1937 warteten die braunen Machthaber mit zitternder Erregung auf den Ausgang der Krise der Regierung Blum. Ihre gesamte Haltung ließ erkennen, daß sie vom Sturze Blums revolutionäre Unruhen in Frankreich erhofften. Welche Konsequenzen sie ziehen würden, wenn es in Frankreich zu bürgerkriegsähnlichen Zustän-

den käme, bedarf keiner Erörterung. Es erhebt sich die Frage: worauf gründeten sich ihre Erwartungen? Haben damals schon intensive Beziehungen zu den französischen Rechtsputschisten bestanden? Wußten die braunen Machthaber um die reichen Bestände deutscher Waffen in den Lagern der französischen Rechtsputschisten?

Die Serie der Hetzfeldzüge der braunen Presse gegen Frankreich ist einseitigen unterbrochen. Der Verrat der Nichtinterventionsmächte an der Sache des republikanischen Spanien ist wohl die augenblickliche Zurückhaltung der gleichgeschalteten deutschen Presse wert. Wenn die französische Republik sich stillschweigend damit abfindet, daß an ihrer Südgrenze, an den Pyrenäen, eine Front entsteht, der sie im Kriegsfall große Aufmerksamkeit widmen müssen — warum soll bei so viel Selbstentäußerung die braune Presse nicht gleichfalls schweigen?

Es mag für die französische Regie-

lung sehr bitter sein, wenn sie die Zusammenhänge zwischen den Lagern deutscher Waffen in der Hand französischer Rechtsradikaler und ihrer eigenen Politik überlegt. Die Politik der angeblichen »Nichtintervention« in Spanien mußte ja geradezu ein Anreiz sein, sich über alle Grundsätze des internationalen Rechts hinwegzusetzen und auf das Nichtinterventionsprinzip zu pfeifen.

Wir werden natürlich hören, daß es sich nur um ganz private Waffenkäufe und Verkäufe, um illegale Waffenhandelsgeschäfte handelt, die mit irgend einem unzulässigen Einmischungsversuch auch nicht das geringste zu tun haben — obgleich es eine schöne Illusion ist, daß angesichts der Planmäßigkeit der Rüstungswirtschaft in Deutschland so große Bestände privat und unkontrolliert geliefert werden könnten. Die Brutalität der Methoden der braunen Verschwörung begegnet immer verlegenerem Schweigen und besorgten Be-

schönigungen — um die faschistischen Terroristen nicht zu reizen.

Indessen läßt sich die Brutalität der Tatsachen nicht verbergen. Man stelle sich vor, die Dinge lägen umgekehrt: im Besitze deutscher Antifaschisten würden Dutzende von Maschinengewehren französischen Ursprungs, würden Geschütze, Gewehre, Handgranaten, Munition französischer Herkunft aufgefunden! Man wird uns entgegen, daß diese Vorstellung unmöglich sei, denn die demokratische französische Regierung habe ja nicht einmal der rechtmäßigen spanischen Regierung vertragsmäßig zustehende Waffen zum Kampfe gegen Verräter und Putschisten geliefert. Aber man setze den Fall: welches Geheul würde das braune System erheben, welche Konsequenzen würde es ziehen!

Er ist die Schuld der demokratischen Länder, daß die Diktaturmächte Europa immer mehr unter das Gesetz des Terrors stellen können!

Braune Machiavellis in Frankreich

Man schreibt uns aus Paris:

Seit einigen Wochen hat die Presse des Dritten Reiches eine taktische Wendung in der Außenpolitik vollzogen. Die bis vor kurzem noch so heftigen Angriffe gegen die französische Regierung sind auf Anweisung der Reichspressestelle völlig unterbrochen worden, während der Feldzug gegen England und Amerika mit stacheligen Randbemerkungen gegen Eden und Roosevelt fortgeführt wird. Was ist geschehen? Warum auf einmal freundliche Worte für Chautemps, Delbos und selbst für Herriot, der noch vor kurzem wegen seiner Rußlandreise und einigen Bemerkungen über seine Eindrücke ausgehöhlt wurde?

Seit etwa drei Monaten ist eine wohlorganisierte, braundeutsche Invasion im Gange. Ausgerüstet mit allen Papieren unbedingter politischer Zuverlässigkeit begegnet man in den Pariser Straßen und in den politischen Couloirs vor allem jungen Nationalsozialisten, die in Wort und Schrift die französische Öffentlichkeit von der deutschen Verständigungsbereitschaft zu überzeugen suchen. Auf Ersuchen der deutschen Botschaft war Präsident Lebrun vor einigen Wochen genötigt, auf seinem Landsitze eine ganze Herde deutscher Hitlerjungen zu empfangen und Freundlichkeiten mit ihnen auszutauschen. Ein Aufsatz des Ministerpräsidenten Chautemps über eine deutsch-französische Verständigungsmöglichkeit wieder von der Zeitschrift Schirachs in großer Aufmachung abgedruckt und befehlsgemäß von der ganzen deutschen Presse übernommen. Eine französische Uebersetzung einer Schrift Schirachs »Wille und Macht« (der Titel deutsch, mit französischen Untertiteln, der auf die Lehren und Ideen der neuen deutschen Jugend hinweist) liegt in allen Pariser Buchhandlungen und in den Kiosken der großen Boulevards auf und wird nach unseren Beobachtungen viel gekauft. In seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister von Lyon empfing Herriot eine Anzahl junger deutscher Akademiker, deren Beteuerungen den leicht entflammbar französischen Staatsmann so enthusiastisch mißbilligten, daß er auf dem Liller

Kongreß der Radikalsozialisten voller Zuversicht über die Aussichten eines deutsch-französischen Brückenschlags sprach. Die deutsch-französische Kulturwoche in Paris wurde von Göbbels mit Hunderttausenden dotiert und wirkt entsprechend. Nur wenige Zeitungen gestatteten sich die Anfrage, wo die Beweise für die geistig-künstlerischen Neuschöpfungen des Dritten Reiches geblieben seien. Sängerinnen und Orchester hatten nichts als Proben jener unvergänglichen deutschen Kunst gegeben, die lange vor Hitler bestand.

Was läßt sich gegen eine deutsch-französische Verständigung sagen? Vom Standpunkt des europäischen Friedens her gesehen, gewiß nicht das mindeste, und der echte Friedenswille des französischen wie des deutschen Volkes ist unbestreitbar. Die nationalsozialistischen Abgesandten spielen jedoch Frankreich und Welt die Fabel Lafontaines vom Fuchs und dem Raben vor. Sie spekulieren auf den bon sens des Durchschnittsfranzosen, der in seiner Menschengläubigkeit geneigt ist, die Delegierten des Faschismus für Vertreter echter geistiger und moralischer Werte zu halten, weil sie in die üblichen europäischen Umgangsformen eingehüllt werden.

Sie haben so treuherzige Augen, ihr Händedruck ist so warm und so herzlich, sie heben und sie senken ihre Stimme mit allen feinen psychologischen Zwischentönen, so daß sie selbst auf erfahrene französische Politiker Eindruck machen. Sie weisen Dokumente vor, sie beziehen sich auf ihren Führer, der nichts anderes will, als sie, die Vertreter der neuen deutschen Geistigkeit, deren Herz im echten Friedentakte schlägt. Man kann nicht einmal sagen, daß diese jungen Deutschen, die in Paris ihr Hakenkreuz unter dem Rockaufschlag verstecken, durchweg bewußt unehrlich sind. Es gibt unter ihnen Idealisten, die es aufrichtig begrüßten, daß Göbbels das Lied: »Siegreich wollen wir Frankreich schlagen« offiziell verboten hat. Aber wer heute mit dem Palmzweig in der Hand ins Ausland kommt, ist bewußt und unbewußt ein kleiner Machiavelli. Jeder hat seinen Schulungskursus hinter sich und wird erst ins Ausland ge-

lassen, wenn er in der nationalsozialistischen Herrendogmatik absolut sattelfest ist. Hinter den europäischen Flötentönen dröhnt der Marschritt der Kriegskolonnen und der eiserne Takt der Rüstungsindustrie.

Die Franzosen, selbst sehr höfliche Leute, erliegen leicht der Gefahr, die Höflichkeit dieser jungen reinrassigen Sendboten für das Gesicht Deutschlands zu halten. Das Demokratische sitzt ihnen so tief im Blut, daß sie noch immer nicht begriffen haben, daß zwischen dem deutschen Volke und den Versöhnungseln aus dem Clan der braunen Eroberer ein Abgrund klafft. Selbst kluge und einflußreiche Franzosen bis weit nach links übersehen diesen Unterschied, weil ihnen auf diese Weise das Dritte Reich vortäuscht, was sie sich wünschen: den friedlichen Nachbarn an der Ostgrenze.

Darin liegt die Gefahr. Deshalb ist es nötig, daß sich das friedliebende Frankreich klar darüber wird, daß jene jungen Nationalsozialisten, die Herr Göbbels approbiert hat, nur die europäische Maske vorgebunden haben. Jeder von ihnen ist ein Grieche im hölzernen Pferde, mit dem Auftrag, den Gegner zu blenden und aus seiner Arglosigkeit politischen Nutzen zu ziehen. Mögen sich alle Franzosen bei der Beurteilung der deutschen Friedensliebe endlich nach der These Barthous richten, daß die Außenpolitik eines Landes von seiner Innenpolitik nicht zu trennen ist. H.

Offenheit

Aus dem »Schwarzen Korps« vom 4. November:

»Offen bleibt auch bei geordneten Devisenverhältnissen in Köln die Frage, warum kein arischer Bankmann die Konzession für den von uns erwähnten Laden hat. Denn zum Begaunern von Kunden und zum Betrügen des Staates braucht man wahrlich keine Juden. Die sollen uns vom Halse bleiben...«

Eine zwecklose Reise

Das Ergebnis einer Besprechung mit Hitler

Das Ergebnis des Besuches von Lord Halifax bei Hitler ist ganz eindeutig. Die Engländer haben die Antworten, die sie gerne hören wollten, nicht erhalten. Sie haben lediglich konstatieren können, was sie auch ohne diesen Besuch hätten wissen müssen: daß das braune System nicht gesonnen ist, die Dynamik seiner Ziele zugunsten einer Bindung aufzugeben.

Die englische Diplomatie ist nicht über den Mai 1935 hinausgekommen. Damals hat Hitler in seinen berüchtigten dreizehn Punkten festgelegt, was er wollte, und noch mehr, was er nicht wollte. Zu dem, was er nicht wollte, gehören der Völkerbund, die kollektive Sicherheit und ein System von Pakten, das die Sicherheit im Westen mit der Sicherheit in Mitteleuropa und im Osten verbindet. Die These, die er allen Versuchen einer europäischen Bindung Deutschlands entgegenstellt, ist der Grundsatz, nur bilaterale Verträge zu schließen. Das bedeutet, daß Deutschland in Einzelverhandlungen mit den schwächeren Ländern seine ganze Uebermacht in die Waagschale werfen, und daß es sich von vertraulich-moralischen Hemmungen freihalten will.

Die spärlichen offiziellen Berichte, die bisher über das Ergebnis dieses Besuches veröffentlicht worden sind, lassen erkennen, daß Hitler diese Grundsätze Lord Halifax gegenüber betont hat. Die Konsequenzen dieser Haltung sind heute allerdings viel deutlicher und drohender als im Jahre 1935; denn heute ist das Dritte Reich politisch und militärisch sehr viel stärker und hat gefährliche und skrupellose Bundesgenossen. Heute sagt die deutsche Presse offen heraus, daß das Dritte Reich die Vorherrschaft in Europa beansprucht. Die Vorherrschaft dieses militärischen Apparates aber ist eine dauernde gefährliche Drohung gegen alle kleineren Staaten, und vor allem gegen die Freiheit in Europa, so weit sie noch aufrechterhalten worden ist. Ebenso wenig wird heute verschwiegen, daß Oesterreich und die Tschechoslowakei die nächsten Objekte des braunen Herrschaftswillens sind.

Nach der Rheinlandbesetzung hat die englische Regierung ihre Verhandlungen mit der Regierung Adolf Hitler in einem Blaubuch offengelegt. Damals wurde sichtbar, daß die deutsche Diplomatie um Zeitgewinn mit allen Verschleppungskünsten kämpfte — mit der nicht zu verbergenden Absicht, Deutschland in der Zwischenzeit bis an die Zähne aufzurüsten. Ein neues englisches Blaubuch würde zeigen, daß sich seither an den Tendenzen des braunen Systems nichts geändert hat, daß sie im Gegenteil stärker und gefährlicher geworden sind. Wenn Hitler heute lange Fristen für die Kolonialfrage stellt, so verbirgt sich dahinter die Absicht, die Frage einst mit Gewalt zu lösen.

Der Unterschied ist nur der, daß heute England um Zeitgewinn zu kämpfen scheint.

Wer verhöhnt wen?

Nazikritik am Bolschewismus

Unter der Ueberschrift »Moskau verhöhnt seine Demokratie« gibt der »Völkische Beobachter« folgenden Bericht aus Moskau:

»Die Aufstellung und Registrierung der Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen in den »Obersten Rat der Sowjetunion« geht ihrem Ende zu. Täglich gibt die Presse neue Kandidaturen bekannt, die sich zu einem großen Teil aus Funktionären aus dem Staats- und Parteiapparat oder der GPU zusammensetzen.

Es wird offenbar die große Ueberraschung der bevorstehenden »demokratischen« Wahlen sein, daß in allen Wahlbezirken jeweils nur ein Kandidat aufgestellt wird.

Da bis jetzt noch nirgends nähere Kandidaten in einem Bezirk aufgestellt worden sind, und die Registrierung der Kandidaten durch die Wahlkommissionen schon am 17. November beendet sein muß, so schwindet nunmehr der letzte demokratische Firnis der mit so großem Propagandarummel angekündigten Sowjetwahlen.

Die »Sowjetdemokratie« will es offenbar mit dem »Ein-Kandidatensystem« ihren Untertanen leicht machen.

In jedem Wahlkreis kann nur ein von Partei- und Staats wegen

Die braune Hand in Rumänien

Die rollende Mark des Propagandaministeriums

Das dynamische Deutschland Adolf Hitlers bereitet einen neuen Krieg vor, da es aber innerhalb seiner Landesgrenzen nicht genügend Rohstoffe besitzt, um diesen Krieg auch nur einige Monate durchhalten zu können, die Rohstoffzufuhr aus überseeischen Ländern ihm aber durch die Blockade seiner Küsten abgeschnitten werden kann, ist es bestrebt sich die Rohstofflager Kontinentaleuropas für den Fall eines Krieges zu sichern. Hierbei denkt man in Berlin und München vor allem an die Rohstoffquellen Südosteuropas, besonders aber an die Rumänien. Das rumänische Benzin, das im Weltkrieg der Hauptgrund für den Kriegszug der Mittelmächte gegen Rumänien darstellte, wird auf Grund der fortgeschrittenen Motorisierung der Armeen eine weit bedeutendere Rolle spielen als es im Weltkrieg vor 20 Jahren der Fall war. Außer den rumänischen Rohstoffen aber will der Hitlerismus Rumänien noch als Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion, vor allem aber als Einfallstor nach der Ukraine. Beides, die rumänischen Rohstoffe wie Rumänien als Aufmarschgebiet gegen Rußland aber kann der Hitlerismus nur haben, wenn Rumänien sich von seinen Verbündeten lossagt und sich der Achse Berlin-Rom annähert. Um dieses zu erreichen, scheut der Hitlerismus weder Geld noch Mühe.

Zunächst stehen im Dienste des Hitlerismus die beiden Parteien der deutschen Minderheiten Rumäniens, die »Deutsche Volksgemeinschaft« mit ihrem »Führer«, dem ehemaligen königlich ungarischen Rittmeister Fabricius und dann der deutsche »Volksrat« der Gust-Milanič-Bonfert. Beide Parteien unterscheiden sich ideologisch durch nichts, beide sind mit Haut und Haaren dem Hitlerismus verschrieben. Sie kümmern sich weniger um die deutschen Minderheiten und deren Wünsche, als um die Durchführung der vom Berliner Propagandaministerium übermittelten Anweisungen. Daß die deutschen Minderheitsparteien nicht geschlossen, sondern getrennt marschieren, ist lediglich dem Umstand zuzuschreiben, daß beide »Führer« auf die aus Berlin bzw. Hamburg nach Rumänien fließenden Gelder Anspruch erheben.

Außer diesen beiden genannten deutschen Parteien stellen sich die faschistischen Parteien der Blutsrumänen wie die christlich-nationale Partei unter Führung des Jassyer Universitätsprofessors Cuza und des Multimillionärs Oktavian Goga und die Partei »Alles für das Land« — die Eiserner Garde — ganz offen in den Dienst des Hitlerismus. Herr Goga macht des öfteren Reisen nach Berlin, um dort zu seinem Privatvergnügen natürlich, mit Hitler zu »sprechen«. Welche Rolle in dieser Beziehung die »Rumänische Front« Vaida Voievods spielt, ist nicht ganz klar ersichtlich.

bestimmter Kandidat »geheim« und »direkt« gewählt werden.

Die Gründe dafür sind unschwer zu erkennen. Das Regime hat sich in den Augen des Volkes so sehr in Mißkredit gesetzt, vor allem durch die grauenhafte Liquidierung seines eigenen bisher herrschenden Apparates, daß ein auch noch so bescheidener, auch noch so reduzierter freier Willensausdruck der Massen gegenwärtig bereits enorme Gefahrenmomente mit sich bringen könnte.

Treffender kann man, wie der Leser bereits bemerkt haben wird, die sogenannten Reichstagswahlen in Hitlerdeutschland nicht charakterisieren. Aber selbst zu solchen »Wahlen« langt es nicht mehr. Hitler hat sein Versprechen, sie in jedem Jahr zu wiederholen, nicht gehalten; ja selbst die von den Nazis eingeführten Wahlen von Vertrauensmännern in den Betrieben finden nicht mehr statt. Die Gründe dafür sind unschwer zu erkennen: »Das Regime hat sich in den Augen des Volkes so sehr in Mißkredit gesetzt, vor allem durch die grauenhafte Liquidierung seines eigenen bisher herrschenden Apparates (Röhm u. Cie.), daß ein auch noch so bescheidener, auch noch so reduzierter freier Willensausdruck der Massen gegenwärtig bereits enorme Gefahrenmomente mit sich bringen könnte.«

Um Ossietzky

Gerade ein Jahr nach der Zuerteilung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky hat sich um den noch immer in Berlin gefangenen totkranken Preisträger eine neue, sehr interessante Kontroverse in England eröffnet.

Daß der rumänische Hitlerismus vom Amt des Herrn Bohle reichliche Geldmittel und konkrete Anweisungen erhalten hatte und noch erhält, das ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus den dem Bukarester Mittagsblatt »Credinta« in die Hände gefallenen Briefen dieses Hamburger Auslandsamtes der Nazis an seinen Herrn Dietrich in Bukarest. Die in Faksimille erfolgte Veröffentlichung dieser Briefe hatte in der rumänischen Öffentlichkeit große Erregung hervorgerufen. Diese Briefe beweisen klipp und klar, daß von Hamburg aus beträchtliche Geldmittel nach Bukarest überwiesen wurden. Von Hamburg aus wurden die Bukarester Nazis beauftragt, die Mitglieder der deutschen Bukarester Gesandtschaft zu bespitzeln. Auf welche Art und Weise die nach Rumänien gesandten Gelder in Deutschland aufgetrieben wurden, das verrät ein der »Lumea nouă« in die Hände gefallenes Dokument, das die genannte Zeitung ebenfalls in Faksimille veröffentlicht hatte. Dieses Dokument beweist, daß die den rumänischen Nazis zur Verfügung gestellten Gelder in Deutschland von den Nazis für kulturelle Zwecke gesammelt worden sind.

Außer den obengenannten, sich im Sinne des deutschen Faschismus betätigenden Parteien, unterhält der Hitlerismus in Rumänien noch eine große Anzahl von Agenten, die unter den verschiedensten Vorwänden wie als Korrespondenten, Kaufleute, Studienreisende u. ä. auftreten. Der Bekannteste dieser Agenten war der Korrespondent des »Völkischen Beobachters«, der Hauptmann a. D. Friedrich Weber, der sich mit Vorliebe als Herr Dr. Weber ansprechen ließ. Herr Weber, der aus der Zeit des Krieges in Bukarest über gute Beziehungen verfügte, er war Adjutant des Bukarester Kommandanten, arbeitete unter der Maske eines Korrespondenten, als hitleristischer Agitator, für die Einführung der Diktatur. Zu diesem Zwecke standen ihm außerordentliche Geldmittel zur Verfügung, mit denen er nicht nur die faschistische Presse Rumäniens unterstützte, sondern vor allem — um mit der rumänischen Presse zu sprechen — viele Politiker korrumpierte. Am 26. August 1935 erteilte ihm aber sein Schicksal. An diesem Tage wollte er in Kischinow in Beßarabien die Parade der Faschisten abnehmen. In einem Telefongespräch, das er diesmal unvorsichtigerweise von Bukarest und nicht von der bulgarischen Stadt Rustschuk führte, meldete er seiner vorgesetzten Dienststelle in München, daß die Demonstration von Kischinow gut aufgezoogen sei und auf dem Wege zum Erfolge ein großer Schritt nach vorwärts sei. Wer diese korrumpierten Politiker seien, das wurde von der Presse Rumäniens seinerzeit verschwiegen. Dieses Treiben Webers wurde den rumänischen Behörden dann doch zu bunt und sie ließ ihn in Kischinow

durch einen Gendarmerie-Hauptmann verhaften und durch die Geheimpolizei nach Ungarn überstellen. Von Weber behauptete die Bukarester Zeitung »Zorilec«, daß er die siebenbürgischen Faschisten mit Waffen versehen hatte.

Wie einst Weber, so arbeiten auch gegenwärtig eine hohe Anzahl von Geheimagenten des deutschen Faschismus in Rumänien. Mitte Oktober dieses Jahres wurden in Beßarabien zwei solcher Agenten, ein Max Schmeling aus Königsberg und ein Berliner, dabei überrascht, als sie in Versammlungen der deutschen Minderheiten Beßarabiens für die Ziele Hitlers warben. Beide hatten wochenlang unter der deutschen Minderheit Propagandareden gehalten. Im Gepäck dieser beiden Hitleragitatoren fand die Polizei wichtiges Material, unter anderem auch die Visitenkarte eines hohen deutschen Diplomaten.

Nicht nur die Geheimagenten des hitleristischen Faschismus betätigen sich um den rumänischen Faschismus zum Erfolge zu verhelfen. Es ist vor allem der gegenwärtige Bukarester deutsche Gesandte Dr. Wilhelm Fabricius, der durch sein Verhalten die rumänischen Faschisten, wenigstens moralisch, stärken will. Herr Fabricius hatte gleich in den ersten Tagen seines Bukarester Aufenthaltes den Unwillen der Bevölkerung erregt. Als Herr Dr. Fabricius am 29. April 1936 vom rumänischen König zur Inempfangnahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen wurde, so mußte auf Veranlassung des Herrn Dr. Fabricius das gesamte Gesandtschaftspersonal beim Verlassen des königlichen Schlosses, die Schloßwache mit dem Hitlergruß grüßen. Von diesem unliebsamen Aufsehen erregenden Ereignis über die demonstrative Teilnahme des Dr. Fabricius am Begräbnis der beiden in Spanien auf Francos Seite gefallenen Faschisten, demonstriert der deutsche Bukarester Gesandte bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die faschistische Bewegung Rumäniens, um dieselbe zu ermutigen und zu stärken.

In Kürze finden in Rumänien die Neuwahlen zum Parlament statt. Eine ungeheure Flut neuer faschistischer Zeitungen ergießt sich über die Bevölkerung. Es ist ganz ausgeschlossen, daß diese Gelder von rumänischer Seite aufgebracht werden. In Bukarest spricht man auch ganz offen darüber, daß die Gelder für diese neuen Zeitungen aus dem Berliner Propagandaministerium kommen. Vor wenigen Tagen gaben rechtsradikale Studenten der Bukarester Universität ein Flugblatt heraus, das zu Demonstrationen gegen den früheren Außenminister Titulescu aufforderte. Das Geld für dieses Flugblatt, das in riesigen Mengen verteilt wurde, dürfte ebenfalls aus Berlin stammen.

Paul Thomas.

In der Oktobernummer der »Anglo-German-Reviews«, die bekanntlich den nationalsozialistischen Sonderbotschafter Herrn von Ribbentrop sehr nahe steht, war behauptet worden, der Zuspruch des Preises an Ossietzky

»sei von der ganzen deutschen Nation als eine Erniedrigung empfunden worden.«

Nun wird als Antwort darauf im »Manchester Guardian« vom 8. November 1937 ein Brief veröffentlicht, in dem der Verfasser anzweifelt, ob die deutsche Nation sich wirklich entehrt von der Weltehrung des deutschen Pazifisten fühle; im Gegenteil, nach seinen Informationen hätten darin in Deutschland lebende Gruppen geradezu eine Ehrung des deutschen Volkes erblickt. Um nun Klarheit über diese widersprechenden Urteile zu erhalten, wird angeregt, daß nach englischem Muster eine Nachwahl zum deutschen Reichstag ausgeschrieben würde, bei der der Friedenskämpfer Ossietzky gegen einen reinen Repräsentanten des Nationalsozialismus, etwa Julius Streicher, kandidiert. Um der nationalsozialistischen Sitte des Plebiszit entgegenzukommen, wird auch eine Volksbefragung angeregt, etwa des Inhalts:

»Billigst Du, deutscher Mann und deutsche Frau, daß Carl von Ossietzky, deutscher Frontkämpfer, Schriftsteller, Wortführer der Weltbewegung »Nie-wieder-Krieg« vom 1918—1933, von der nationalsozialistischen Regierung, ohne Anklage und ohne Urteil 3 1/2 Jahre wegen seines Lebenswerkes für den Frieden ins Konzentrationslager eingekerkert, im November 1936 vom norwegischen Nobelkomitee mit dem Friedenspreis gekrönt wurde? Empfindest Du diese Entscheidung, die die ganze Welt als eine Ehrung des wahren Deutschland betrachtete, als Erniedrigung der deutschen Nation?«

Der Verfasser stellt fest, daß die Behauptungen der »Anglo-German Review« als Phantasterien anzusehen sind, solange diese Wahlen, in völlig geheimem und freiem Wahlverfahren und nach beiderseitiger Wahlpropaganda, nicht durchgeführt seien.

Nationalsozialistische Erpressertaktik

Der »Deutsche in Polen« schreibt: Gegen einen der bekanntesten deutschen Kirchenfürsten, der dem Nationalsozialismus mit volstem Vertrauen entgegengekommen war, ist von nationalsozialistischer Seite, wie wir von eingeweihten Kreisen erfahren, ein groß angelegter Diffamierungsschlag geplant. Eine Broschüre ist fertiggestellt, die in Riesenauslage ins Volk zu werfen gedroht wird, in dieser Broschüre sind objektiv unbelastende, aber aus dem Zusammenhang der Ereignisse herausgerissene und dadurch als gravierend wirkende Privatangelegenheiten der betreffenden Persönlichkeit, darunter faksimilierte (auch gefälschte) Briefe, die der Gestapo in die Hände gespielt wurden, in einer Weise dargestellt, daß dadurch die Diffamierungsabsicht großen Stills erreicht zu werden hofft. Es gehört in die von uns letzters geschilderte Erpressertaktik des Nationalsozialismus, daß die bereits fertiggestellte Broschüre noch nicht veröffentlicht worden ist — denn der nationalsozialistische Staat läßt sich von seinen Opfern ja bekanntlich noch die Gnadenfristen bezahlen, die er ihnen zu Höchstpreisen offeriert.

Wir warnen schon heute vor den schwer durchschaubaren Entstellungen dieser Schrift!

Aus großer Zeit

Wenn einer eine Reise tut... kann man ihm was erzählen. Hitlerdeutschland hatte, wie man weiß, kürzlich vornehmen Besuch. Der Herzog von Windsor war gekommen, um die soziale Lage der deutschen Arbeiter zu studieren, genauer gesagt: um sich vom Ley durch diverse Fabriken, Sammelstellen der Winterhilfe und andere Lokalitäten führen zu lassen. Wie es dabei zugeht, erfährt man aus einer Reportage, die die liberale schwedische Zeitung »Dagens Nyheter« brachte:

»Anfangs versuchte der Herzog den reichen Wortschwall Dr. Leys hier und da mit ein paar Fragen zu unterbrechen. Aber so nach und nach sah er ein, daß diese Versuche zwecklos waren... Dr. Ley benutzte die Gelegenheit dem Herzog vorzuführen, wie zufrieden die deutschen Arbeiter mit dem Nationalsozialismus seien. Lachend klopfte er ein paar Arbeitern auf die Schulter und fragte: »Na, wie geht es? Gefällt es Ihnen hier? Macht Ihnen die Arbeit Freude?« Wenn die Leute dann auf diese Fragen »Ja« antworteten, sagte Dr. Ley zum Herzog: »Sie sehen, hier bei uns gibt es nur lachende Gesichter! Hier kann man sehen, wie glücklich die Menschen über die Leistungen des nationalsozialistischen Deutschland sind!«

So ungefähr haben wir uns das auch vorgestellt. Ja, der Ley ist ein leutseliger Mann, der den Arbeitern auf die Schulter klopfte, um zu zeigen, wie gut es ihnen geht und wie lieb man zu ihnen ist. Rührend, nicht wahr?

Hätte einer der befragten Proleten etwa nicht vorachrichtsmäßige Zufriedenheit geäußert, so hätte er sich nicht mal das Kätzchen aussuchen dürfen, in dem man ihn als »Staatsfeind« halb oder ganz totgeschlagen hätte... Ausländische Gäste hätte man dann zu dieser Prozedur schwerlich eingeladen...

Aber noch ganz andere hübsche Dinge sind anlässlich des Windsor-Besuches gefällig gewesen. Der Pariser Korrespondent der lettischen Zeitung »Jaunakas Zinas« hat einen Vertrauten des Herzogs interviewt und andeutungsweise einiges über das Gespräch erfahren, das der Herzog mit dem Führer hatte. Danach habe der Herzog vorsichtig sein Befremden über die neudeutsche Judenhetze ausgedrückt. Und was antwortete Hitler? Laut Nr. 253 des lettischen Blattes — das folgende:

»Hitler gab zu, daß er in der Judenfrage zu weit gegangen sei. Aber um sein Prestige zu wahren, könne er nun nicht mehr zurück. Er sei gezwungen, mit der Stimmung der nationalsozialistischen Massen zu rechnen...«

Das ist wirklich allerhand. Da geben Hitler und die Seinen ohne Unterlaß ungeheure Geldsummen für antisemitische Propaganda aus, da halten die großen und kleinen Naziführer eine antijüdische Hetzrede nach der andern, um — mit zweifelhaftem Erfolg — die Massen davon zu überzeugen, daß an allem Uebel der Welt die Juden schuld seien, da hängt man überall im Land Stürmerkästen auf und stellt jede Berührung zwischen »Arier« und »Minder-rassigen« unter Strafe und Achtung... Und hinterher — gewissen Besuchern gegenüber, um deren Gunst man wirbt — hinterher ist man an alledem unschuldig und bedauert mit melancholischem Achselzucken, daß man leider, leider auf gewisse »Massenstimmungen« Rücksicht zu nehmen habe, und daß man an »Prestige« verlieren würde, wenn man nicht täte...

So gern die modernen Diktatoren den starken Mann mimen und so tun, als sei ihr Kommandowort die einzige weltbewegende Macht — manchmal finden sie es angebracht, sich als arme, unschuldig-wehrlose Opfer und Anhängsel der bösen unzählbaren Massen hinzustellen...

Das »kommende Reich«. Ein Herr Ernst Leibl hat ein neudeutsches »Glaubensbekenntnis« abgefaßt und sich dazu einer an Elephantiasis erkrankten, im eigenen Schwulst erstickenen Sprache bedient, der man eine entfernte, sehr entfernte, Ähnlichkeit mit der deutschen nicht ganz abprechen kann. Mißhandlung der Muttersprache gilt ja im Hitlerland als nationale Tat. Es ist also nicht weiter wunderlich, wenn Vespers »Neue Literatur« dem Werk jenes Leibl einen Ehrenplatz im Novemberheft zuweist. Uns interessiert an diesem Dogmenkatechismus der Barbarei lediglich ein Absatz, der trotz allen Schwulstes und allem talimpathetischen Gehabe an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Er lautet:

»Wir glauben an das kommende Reich aller Deutschen... Wir glauben an des heiligen Reiches Kraft und Herrlichkeit, das berufen ist, im Stromland Mitte sein Gesetz und seine Ordnung aufzurichten, ein Bannerträger der wahren Freiheit, ein Hort des Friedens, ein Schirmherr aller Schaffenden, ein Zorneschwert wider alle Feinde unserer gerechten Ordnung!«

Braune Frauengefängnisse

Was sie verbergen müssen

In »Het Volk« (Amsterdam) erschien das folgende Interview.

In der Halle des American-Hotels in Amsterdam sitzen wir Miß Clara Leiser gegenüber, die eine Europareise und einen Besuch in Berlin hinter sich hat, die uns interessieren. Miß Leiser ist die Leiterin der Fürsorge in den Frauengefängnissen des Staates New York. (Die Amtsbezeichnung in ihrem Beglaubigungsschreiben lautet: Secretary of the Probation Department of the Court of General Sessions of New York.) Ihre Reise diene beruflichen Interessen. Sie wollte die Lage der weiblichen Gefangenen in Deutschland studieren. Sie selbst versichert, daß sie ohne politisches Vorurteil an ihre Aufgabe herangegangen ist, wieweil die neuen Eindrücke eine Verschiebung der amerikanischen Auffassung, daß der Nationalsozialismus vorwiegend ein jüdisches Problem geschaffen haben, nach der politischen Seite ausgelöst haben. Sie stieß bei ihrem Studium auf die Lage der Frauen, die entweder selbst wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgte Opfer des Nationalsozialismus sind oder als Frauen und Mütter von männlichen Opfern des deutschen Systems zu leiden haben.

»Ich wollte nicht unvorbereitet den deutschen Verhältnissen gegenüberstehen und auch nicht ausschließlich auf das angewiesen sein, was mir von deutschen Behörden fein säuberlich ausgewählt gezeigt werden würde. Darum bemühte ich mich um Materialeinblick in neutralen Hilfskomitees. Wenn es sich dabei um eine so angesehenen und in ihrer Korrektheit nirgends in der Welt angezweifelte Organisation wie die Quäcker handelt, kann sicherlich der Ernst und die Glaubwürdigkeit der Unterlagen nicht bestritten werden. Und wenn ich noch Zweifel gehabt hätte, so wären sie sicherlich durch einen Briefwechsel zerstreut worden, den die Quäcker in London mit dem deutschen Botschafter von Ribbentrop geführt haben und in welchem der deutsche Sondergesandte vergeblich versucht, stichhaltiges Material über grauenvolle Zustände zu bagatellisieren oder einfach zu leugnen.«

»Was ist Ihr Gesamteindruck, den Sie aus den Verfolgungen von Frauen gewinnen konnten?«

»Unwürdig eines Landes, das durch Jahrhunderte den Anspruch eines hochbegabten Kulturträgers erheben konnte. Ich kann Ihnen in wenigen Sätzen nicht die tausende Details schildern, die wiederzugeben ich einem ausführlichen Bericht vorbehalten will. Soviel allerdings kann ich zusammenfassend sagen, daß meine an harte und traurige Schicksale, wie sie mir in meinem Berufe begegnen, gewöhnten Nerven diesem Massenunglück einfach nicht standhielten; daß ich tagelang krank lag unter der Wirkung dieser gräßlichen Geschehnisse. Und es ist mir nur eine Bestätigung, daß ich keine Ausnahme bilde, wenn mir Quäcker versicherten, daß sie nach

einem halben, höchstens nach einem Jahr ihr Hilfspersonal auswechseln müssen, weil normalempfindsame Menschen dieses Grauen mit annehmen einfach nicht länger ertragen und arbeitsunfähig werden.«

»Nach diesen Eindrücken bei den Hilfsorganisationen rund um Deutschland interessieren uns natürlich besonders Ihre Erfahrungen an Ort und Stelle. Haben Sie deutsche Frauengefängnisse gesehen und welches Urteil lösten diese Eindrücke aus?«

»Ich habe Frauenzellen im Polizeigefängnis Alexanderplatz und das Frauengefängnis Barnimstraße in Berlin gesehen. Diesen Eindrücken lege ich keine Bedeutung bei; denn mehr als je zuvor bin ich davon überzeugt, daß man mir Potemkinsche Dörfer vorgesetzt, daß man mir eine säuberlich gesiebte Auswahl gezeigt hat, die keine Schlußfolgerung für die wirkliche Lage der Frauen in den Gefängnissen gestattet. Sie werden mir zugeben, daß dieses harte Urteil über eine planmäßige Irreführung gestattet ist, wenn ich Ihnen erzähle, was diesen Besuchen vorausgegangen, und was ihnen gefolgt ist. Ungeachtet meines Beglaubigungsschreibens über meine berufliche Tätigkeit und einer Einführung meiner Gesandtschaft beim deutschen Außenministerium habe ich dreieinhalb Tage einen endlosen Instanzenweg durchgelaufen, ehe ich ans Ziel kam. Ans Ziel: das heißt hier, daß ich an jener Stelle der Aufsichtsbehörde war, mit welcher sich folgender Wortwechsel abspielte:

»Warum wollen Sie Gefängnisse besichtigen?«

»Wenn ich Sängerin wäre, würde ich wahrscheinlich in Konzertsäle gehen. Mein Beruf erfordert, daß ich Gefängnisse besichtige.«

»Der Besuch von Gefängnissen ist in Deutschland verboten.«

»Wollen Sie mir das auf meinem Beglaubigungsschreiben bestätigen?«

»Was soll denn das für einen Zweck haben?«

»Ich möchte meiner vorgesetzten Behörde beweisen können, daß ich den vergeblichen Versuch zu so einem Besuch gemacht habe.«

»Das brauche ich Ihnen nicht zu bestätigen. Das steht in den deutschen Gesetzen.«

»Wollen Sie mir das zeigen?«

»Diese Gesetze haben Sie doch selbst.«

»Nein, die haben wir nicht.«

Der Beamte schlägt die einschlägige Stelle in der Strafvollzugsordnung auf, in welcher es heißt, daß der Besuch von Gefängnissen verboten ist; über Ausnahmen bestimmt die Aufsichtsbehörde. Damit gebe ich mich nicht zufrieden.

»Die Aufsichtsbehörde sind Sie?«

»Ja.«

»Und Sie machen bei mir keine Ausnahme?«

Pause, Dann: »Welches Gefängnis wollen Sie denn sehen?«

»Plötzensee.«

»Ganz ausgeschlossen! Außerdem sind da keine Frauen.«

Nun wußte ich sehr wohl, daß sich in

Plötzensee die Todeszellen befinden. Und auch, daß sich dort im Augenblick auch eine Frau aufhält. Doch befürchtete ich, wenn ich mich meine Informiertheit würde durchblicken lassen, daß ich dann gar nichts erreichen würde. Ich gab mich also mit der falschen Behauptung, daß dort keine Frauen seien, zufrieden.

»Nun, dann würde ich mir gerne das Frauengefängnis in der Barnimstraße ansehen.«

»Na, das können Sie sehen. Das ist ein ganz nettes Gefängnis.«

»Leitet dieses Gefängnis ein Mann oder eine Frau?«

»Warum interessiert Sie das?«

»Weil in Amerika Frauengefängnisse von Frauen geleitet werden.«

»Direktor in der Barnimstraße ist ein Mann.«

»Wie heißt er?«

»Das kann Ihnen doch gleichgültig sein.«

»Allerdings. Doch in Amerika ist es üblich, sich nach dem Namen zu erkundigen, damit man entsprechend den Gesetzen der Höflichkeit jemanden bei seinen Namen nennen kann.«

»Das können Sie sich bei uns ersparen.«

»Wollen Sie mir bescheinigen, daß ich dieses Frauengefängnis besuchen kann?«

»Das werde ich dem Direktor telephonisch mitteilen.«

Was ich unter diesen Umständen zu sehen bekam, läßt sich denken. Der Direktor des Gefängnisses machte übrigens keinen ungünstigen Eindruck, wenn er mir gegenüber auch behauptete, seit 1934 Leiter dieses Gefängnisses zu sein, während ich bei meinem letzten Besuch im Jahre 1935 — von dem er nichts wußte — eine Frau als Leiterin des Hauses angetroffen hatte.

Entscheidend für den Abbruch meines Aufenthaltes in Berlin — und gleichzeitig charakterisierend für die deutschen Zustände — war dann, daß ich noch am selben Abend von meiner Botschaft zu einer Unterredung gebeten wurde. Dabei teilte man mir mit, daß ich seit meinem ersten Vorsprechen zwecks Besuch von Gefängnissen überwacht werde. Man legte mir nahe, keinerlei Privatbesuche mehr zu machen, da ich sonst jeden der Besuchten gefährden würde. Auch in meinem eigenen Interesse sei es besser, Berlin und das Reich so schnell wie möglich zu verlassen. Ich habe dieser Aufforderung Folge geleistet und war nach einer scharfen Kontrolle auf dem Flugplatz und einigen Stunden Flug froh, als wir die holländische Grenze passierten.

Wenn diese Eindrücke frei von politischer Absicht gerade deshalb politisch bedeutsam für das braune Reich vernichtend werden, so ist es sicherlich nicht die Schuld von Miß Leiser, die uns immer wieder von ihren vielen Reisen im alten Deutschland, von ihrem Studium in Heidelberg und Bonn erzählt und innerlich aufgewühlt ist von dem Niedergang dieses von ihr geliebten und geschätzten Landes.

Amen. Wollte man sich die Mühe machen, diesen Glaubensartikel in klarem Deutsch zu übersetzen, dann würde er etwa so lauten: Wir haben nicht die Absicht, uns mit dem heutigen Dritten Reich zu begnügen, wir wünschen ihm das Donaugebiet (das »Stromland Mitte«) anzugliedern, und wen unser Vorhaben nicht mit Entzücken erfüllt, der ist ein »Feind unserer gerechten Ordnung« und soll mit dem nazigermanischen Zorneschwert ausgerottet werden...

Der funkelneuland geographische Begriff »Stromland der Mitte« hat außer dem Vorteil hochelastischer Dehnbarkeit auch der des poetischen Klangzaubers. »Stromland Mitte« — das klingt viel romantischer und nebulöser als die offen-nüchternen Raubzielbezeichnung: Tschechoslowakei, Ukraine... Im übrigen ist jener Leibl ein gelehriger Schüler großer Vorbilder. Keine Kriegsdrohung ohne pazifistische Schmaltzbeizung: »Bannerträger wahrer Freiheit, »Hort des Friedens«...

Die Walze kennen wir!

Glaubensfreiheit. Da wir gerade von Glaubensbekenntnissen reden — das Sondergericht Halle hat dieser Tage einen »Bibelforscher« für zwei Jahre in den Kerker geschickt. Was hatte der Mann getan? War er ein verkappter Bolschewik? Ursprünglich wurden doch die Ernstens Bibelforscher verboten unter der Anschuldigung, in Wahrheit Sendlinge Moskaus zu sein. Nein, nichts dergleichen wurde dem Mann vorgeworfen. Sein ganzes Verbrechen war,

daß er seinem Glauben an das »goldene Zeitalter« (das künftige, nicht das heutige) treu geblieben war, und daß er nicht »Heil Hitler!« sagen wollte, weil seiner Ueberzeugung nach alles Heil von Christus und nicht von Hitler komme. Dafür bekam er zwei Jahre.

Der Vorsitzende erklärte, daß man gegen die Bibelforscher bisher viel zu milde gewesen sei, sie seien meist mit ein paar Monaten oder einem Jahr weggekommen. In Zukunft werde man viel schärfer gegen sie vorgehen. In der Urteilsbegründung warnte das Gericht davor, derartige Bestrafungen als Glaubensverfolgung aufzufassen. Im Dritten Reich könne jeder glauben, was er wolle und auf seine Fassung selig werden. Wer sich aber einer als staatsfeindlich verbotenen Richtung anschließe, der sei ein Verräter am deutschen Volk, und wenn er unschädlich gemacht werde, so habe das weder mit Religion noch mit Begrenzung der Glaubensfreiheit das mindeste zu tun...

Man sieht: Philipp von Spanien war ein Tölpel. Er hätte dem Posa sonst ganz anders geantwortet. »Gedankenfreiheit?«, hätte er gesagt, »Die haben wir längst! Jeder darf glauben, was er will! Solange er nichts Verbotenes glaubt, versteht sich. Wer einem verbotenen Glaubenssatz huldigt, wird ausgerottet — aber mit Ketzerverfolgung hat das natürlich nicht das geringste zu tun.«

Die heutigen Inquisitoren sind denen von damals halt an Logik und Ehrlichkeit überlegen. Beides haben sie vom Dr. Göbbels gelernt. K. K.

Die Musik sträubt sich

Ueber die Lage im deutschen Musikinstrumentenmacher-Gewerbe berichtet der »Dresdner Anzeiger« in Nr. 309 vom 8. November 1937:

»Die Musikinstrumentenmacher haben seit der Wehrpflicht mit der Herstellung von Blasinstrumenten gut zu tun. Auch den Zupfinstrumentenmachern geht es dank der Unterstützung der Parteigliederungen besser. In letzter Zeit haben die Hersteller von Blasinstrumenten gewisse Schwierigkeiten bei der Beschaffung des Rohmaterials. Zwar werden auch hier neue Werkstoffe herangezogen und Leichtmetalle, neuerdings sogar Glas, benutzt. Aber ebenso wie bei den Holzblasinstrumenten, die ausländische Holzarten benötigen, können auch bei den Metallblasinstrumenten nicht ohne weiteres in Folge der akustischen Gesetze Einsparungen und Umstellungen auf Leichtmetalle vorgenommen werden. Ebenso haben die Glockengießer, die im vergangenen Jahr 0,51 Mill. Kilogramm Glockenbronze verarbeiteteten, gegenüber einem Durchschnitt der letzten Jahre von 1,2 Mill. Kilogramm bereits starke Einschränkungen und Umstellungen vorgenommen.«

Wenn man aus Glockenbronze Kanonen gießt, weiß man auch ohne Glocken, was es geschlagen hat. Aber der Flöte sind die deutschen Flötentöne anscheinend nicht beizubringen. Man sollte die akustischen Gesetze, um die sich die deutschen Lautsprecher ohnedies nicht kümmern, durch ein Dekret einfach außer Kraft setzen.

Das weltpolitische Dreieck

Außenpolitik und antikommunistische Ideologie

Der Beitritt Italiens zu dem deutsch-japanischen Kominternpakt ist in Tokio mit großem Jubel aufgenommen worden. Die Begeisterung entlud sich in Straßendemonstrationen. Diese aber richteten sich gegen — England. Was in den behördlich begünstigten Kundgebungen zum Ausbruch kam, wurde von der Presse nachdrücklich unterstrichen. England wurde zum Hauptfeind erklärt; es unterstütze die unter kommunistischem Einfluß stehende chinesische Regierung, liefere ihr über Hongkong Kriegsmaterial und verlängere den Widerstand Tschiangka'scheks gegen die japanischen Freunde des chinesischen Volkes. Das »Nischi Nischi«, eines der führenden Tokioter Blätter, schreibt ganz offen, Japan, Deutschland und Italien, deren Ziele gemeinsame sind, werden ihre Anstrengungen nunmehr verdoppeln, um den Status quo zu beseitigen und die Gerechtigkeit in der Welt zu verwirklichen. Von Rußland wird in der japanischen Presse viel weniger gesprochen...

In seiner Rede vor den »alten Kämpfern« in München zur Feier des Bürgerbräu-Putsch erklärte Hitler: Deutschland ist nicht mehr vereinsamt... Drei Staaten haben sich zusammengefunden. Erst eine europäische Achse und jetzt ein großes weltpolitisches Dreieck. Dieses besteht nicht aus drei kraftlosen Gebilden, sondern aus drei Staaten, die gewillt sind, ihr Recht und ihre Lebensinteressen entschlossen zu wahren...

Man sieht, auch Hitler hält sich bei der kommunistischen Gefahr nicht lange auf und Sowjetrußland wurde in der Rede gar nicht besonders erwähnt. Das Ideologische tritt sogar bei ihm, dem Spezialisten in der Ausbeutung der antikommunistischen Ideologie, zurück und die Allianz zwischen Deutschland, Italien und Japan erscheint als das, was sie ist, als ein machtpolitisches Gebilde, bestimmt »ihre Lebensinteressen« oder das, was die »Führer« als solche sehen, »entschlossen zu wahren«.

Der machtpolitische Gehalt des angeblich rein ideologischen Abkommens wird am deutlichsten von den Italienern betont. Herr Gayda, das Sprachrohr Mussolinis, erklärte im »Giornale d'Italia«:

»Tatsache ist, daß das Protokoll mehr als zweihundert Millionen in der Welt zusammenschließt, denen andere Millionen von Freunden und Verbündeten in Europa und Asien hinzuzuzählen sind. Diese Menschen sind zu Land, zu Wasser und zur Luft bewaffnet... und die Welt soll wissen, daß die drei Unterzeichner des Protokolls zusammen etwa über zwei Millionen Tonnen Kriegsschiffe verfügen, deren Zahl in dauernder und rapider Vermehrung begriffen ist.«

Von Rußland ist in dem halbamtlichen Artikel nicht die Rede wohl aber von Spanien, das zum Probierfeld der roten Revolution geworden sei.

Die Entwicklung des Antikominternpakts ist recht merkwürdig. Mussolini war einer der ersten, der die Sowjetrepublik de jure anerkannte, und gerade in den Tagen der Ermordung Matteottis wurde diese Anerkennung in der neu errichteten Sowjetbotschaft in Rom festlich begangen. Seitdem blieben die Beziehungen Rußlands zu Italien, trotz der grausamen Unterdrückung der italienischen Arbeiterbewegung, recht gut; Mussolini gab wiederholt seine Anerkennung über die Leistungen der bolschewistischen Revolution Ausdruck, kargte nicht mit der Bewunderung für Lenin, erklärte den Sowjetismus in vielem als ein Vorbild für den Faschismus und unterschied zwischen den »konstruktiven Bolschewismus von Moskau und dem destruktiven Bolschewismus«, auf den sich seine Anhänger außerhalb Rußlands berufen. Im September 1933, also in dem gleichen Jahr, in dem Hitler den Rapallovertrag erneuerte, kam es zum Abschluß des italienisch-russischen Freundschaftsvertrages, der von Mussolini persönlich unterzeichnet wurde und dessen Abschluß er im »Popolo d'Italia« als historisches Ereignis feierte. In dem Artikel 4 des natürlich noch fortbestehenden Vertrags heißt es: »Jeder der vertragschließenden Parteien verpflichtet sich, in keine wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Kombination einzutreten, die gegen eine von ihnen gerichtet ist.« Damals forderte die italienische Presse zugleich die Ausdehnung des von Mussolini vorgeschlagenen Viermächtepakts zwischen England, Frankreich, Deutschland und Italien auf

Rußland. Mussolini glaubte damals Rußland, das seine Annäherung an die Westmächte noch nicht vollzogen hatte, in seine anti-englische Politik einbeziehen zu können, mittels des russischen Einflusses im östlichen Mittelmeer zu einem besseren Verhältnis zur Türkei und zu Griechenland zu kommen und sich die Zufuhr von Getreide und Petroleum aus dem Schwarzen Meer zu sichern. Erst nach der Wendung Rußlands zu den Westmächten, nach dem abessinischen und spanischen Ereignis entdeckte Mussolini seine antikommunistische Sendung. Erst als ihm das wieder aufgerüstete Deutschland einen mehr als vollwertigen Ersatz bot, vollzog er die Wendung. Aber noch im Januar 1934, als Japan sich anschickte, seine Interessen in Abessinien wahrzunehmen, hatte der Duce im »Popolo d'Italia« Europa vor der »Gelben Gefahr« in Tönen, die an Wilhelm II. erinnern, gewarnt und der Oberste Faschistenrat rief zur Solidarität gegen die Asiaten auf. Erst als die Japaner sich an Abessinien desinteressierten, erkannte Mussolini in Japan den geeigneten Bundesgenossen gegen — England. Durch den Beitritt Italiens zum Antikominternpakt hat dieser aber entsprechend der gegen England gerichteten Politik Mussolinis eine sehr wichtige Wandlung erfahren. Solange es sich bloß um die japanisch-deutsche Teilhaberschaft handelte, konnte man zur Not noch annehmen, er bedeutete in der Tat ein Bündnis gegen Rußland, zu dem ja Japan in einem tatsächlichen Gegensatz und Deutschland zu-

mindest in einem ideologischen zu stehen schien. Der Beitritt Italiens ändert die Situation. Italien hat nicht das geringste Interesse an einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Rußland und bei seiner geographischen Lage auch gar keine Möglichkeit dazu. Es hat dagegen das stärkste Interesse, daß die Kräfte seines deutschen Bundesgenossen nicht in einem Kampf mit Rußland — von dem auch dieser übrigens durch andere Staaten getrennt ist — verzettelt werden. Japan aber hat sich nach dem Abschluß des Antikominternpaktes nicht gegen Rußland, sondern gegen China gewandt. Rußlands Ostgrenze ist damit zunächst für einige Zeit entlastet. Die Entwicklung des Paktes hat also dahingeführt, daß Rußland heute durch die »antikommunistischen Mächte« weniger bedroht ist als vorher. So paradox ein solches Resultat vom Standpunkt einer anti-kommunistischen Ideologie erscheint, so konsequent ist es, wenn man die wirklichen Triebkräfte der Außenpolitik sich klarmacht.

Manchem schien es, als ob Japans Angriff auf China nur das begrenzte Ziel verfolgte, sich die Nordprovinzen und Schanghai einzuverleiben. Aber mit dem Fortgang der Kämpfe ist es klar geworden, daß die entscheidende Militärpartei ihre Absichten weiter erstreckt. Sie sucht, nach ihren eigenen Ankündigungen, die Herrschaft über China, vor allem die Leitung seiner auswärtigen und Militärpolitik zu erreichen. Damit bedroht sie

dauernd die Interessen der Westmächte. Bis vor kurzem gab es einen gewissen Gegensatz zwischen der Expansionspolitik des japanischen Heeres und der Marine. Zielte die Politik des Heeres gegen das Festland, so die der Admiralität gegen das »Südmeer«; sie suchte die Ausdehnung in der Richtung gegen die Philippinen, Niederländisch-Indien, Indo-China und Australien. Dieser Gegensatz wäre aber überbrückt, wenn den japanischen Militärs die Unterordnung der chinesischen Regierung unter die Befehle von Tokio glückte. Denn dann wäre ganz China in ein Glacis gegen die Westmächte verwandelt; die Expansion der Armee wäre der erste Akt, dem dann die von der Marine geplante als zweiter mit viel größerer Aussicht folgen könnte. Jedenfalls schließt der Krieg Japans für England zunächst und dann für die übrigen Westmächte Gefahren in sich, die allein schon ihre Kräfte in hohem Maß zu binden drohen, während im Mittelmeer und Spanien, also an für England und Frankreich lebenswichtigen anderen Punkten, die Verbündeten Japans die Abwehrkräfte binden. Es ist also wirklich ein weltpolitisches Dreieck, ein machtpolitisches Gebilde erster Ordnung entstanden, dessen Spitzen sich nicht gegen Rußland, aber gegen England, Frankreich und die Vereinigten Staaten richten. Daß es entstehen konnte, dafür hat die antikommunistische Ideologie ihren Bildnern einen unschätzbaren Dienst erwiesen.
Dr. Richard Kern.

Eisen nur fürs Militär

Die Gründe des deutschen Eisenmangels

Im Jahre 1929 wurden in Deutschland 13,5 Millionen Tonnen Rohstahl produziert, im Jahre 1936 19,2 Millionen Tonnen. 1929 war ein Jahr der Hochkonjunktur, aber damals gab es keinen Eisenmangel, vielmehr war ein recht erheblicher Teil der Eisenwerke unbeschäftigt, die Produktionsmöglichkeit überstieg die wirkliche Produktionsleistung. Damals durfte sich die private Investitionstätigkeit einigermaßen frei entfalten, während sie im Dritten Reich durch staatliche Zwangsvorschriften gehemmt ist. Investitionsverbote machen die Errichtung und Erweiterung industrieller Anlagen von staatlicher Genehmigung abhängig, ganz zu schweigen von den Hemmnissen, die dem industriellen Neubau durch Mangel an Baumwolle und Wolle, an Leder und Kautschuk erwachsen. Man müßte also erwarten, daß die Versorgung mit Eisen und Stahl nichts zu wünschen übrig läßt. Tatsächlich besteht aber eine katastrophale Eisennot. Die Aufrüstung verschlingt weit mehr Eisen, als durch die mannigfachen Beschränkungen der privaten Baukunst erspart wird. Diese wird zurückgedrängt, um der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung Platz zu machen. Das wird am besten durch die Gestaltung der deutschen Eisenwirtschaft in den letzten Monaten verdeutlicht, wie sie in den Deutschland-Berichten der Sopade vom Oktober 1937 geschildert ist.

Die Eisenrationierung begann mit der sehr einschneidenden Verordnung, die die Annullierung aller Aufträge verfügte, die nicht bis zum 30. April 1937 ausgeführt werden konnten. Mit diesem Rückzugsbefehl glaubte man, den Eisenmangel schlagartig besiegt zu haben. Es folgte aber sehr bald eine Anordnung an die Wirtschafts- und Fachgruppen, denen aufgegeben ward, dafür zu sorgen, daß bei der Versorgung der Eisenverbraucher eine Rangordnung der Dringlichkeit eingehalten würde, die den Zweck hatte, bei der Verteilung des Eisens die Befriedigung des kriegswichtigen Bedarfs zu sichern. Aber diese Regelung war zu vage, als daß sie ausgereicht hätte, den Eisenverbrauch den schwindenden Eisenvorräten anzupassen. Die bloße Rangordnung wurde daher von einer militärisch-strengen Ordnung des Eisenverbrauches abgelöst. Es wurden nunmehr die bevorzugten Eisenverbraucher von den minder erwünschten streng geschieden. Es wurde eine Liste von sogenannten Bedarfsträgern aufgestellt. Wer sonst noch Eisen braucht, ist auf den freien Markt und dieser auf den Rest der Eisenvorräte verwiesen, der nach Befriedigung des Bedarfs übrigbleibt, der im Dritten Reich als der dringlichste angesehen wird.

An der Spitze der Bedarfsträger mar-

schiert als Gruppe A, der Export. Für jeden Ausfuhrauftrag, der als solcher von der Fachgruppe anerkannt ist, muß die entsprechende Menge Eisen geliefert werden.

Den Gruppen B und C sind feste Kontingente zugeteilt, die Gruppe B wird gebildet von den öffentlichen Bedarfsträgern darunter Wehrmacht, Vierjahresplan, Reichsbahn, Reichspost, Straßenbau usw.

Die Gruppe C umfaßt eine Reihe privater Industrien, zu ihnen gehören: Kraftwagen, Maschinen- und Kesselbau, Schiffsbau, Hütten und Zechen, Klein- und Straßenbahnen.

Der Mangel an Eisen verführt leicht zur Überschreitung der Kontingente. Das soll eine streng geregelte amtliche Kontrolle verhindern. Deshalb war für den 1. Juli eine allgemeine Bestandsaufnahme von Eisen und Stahl angeordnet, und verfügt worden, daß jeder Auftrag eines Bedarfsträgers durch eine Kontrollnummer gekennzeichnet werden muß, und daß kein Bedarfsträger, wenn er nicht Bestrafung riskieren will, einen Auftrag ausführen lassen darf, ohne seinem Eisenlieferanten, Eisenhändler oder Eisenwerk, die dazu gehörige Kennziffer auszuhändigen. Durch diese doppelte Kontrolle des Lagerbestandes und der Verwendung der daraus entnommenen Mengen sollte die Überschreitung der Kontingente verhindert werden. Aber auch der freie Eisenmarkt ist nur dem Namen nach frei.

Aber trotz der militärischen Strenge dieser Anordnung wurde ihr Ziel verfehlt. Nach dem ursprünglichen Plan sollten die Kontingente so bemessen werden, daß eine bestimmte Menge für den nichtkontingentierten privaten Bedarf frei bleibt. Man hätte sich aber bei der Bemessung der Kontingente gewaltig verrechnet. Das System der Bevorzugung des kriegswirtschaftlichen Eisenbedarfs hat nicht genügt, um auch nur diesen Eisen aus ihren Kontingenten nicht nur für die Aufträge bereitzustellen, die sie selbst vergeben, sondern auch für die Neuerrichtung und Erweiterung von Anlagen, die zur Ausführung ihrer Aufträge erforderlich sind. Das ist der mittelbare Bedarf für Fabrikneubauten, Siedlungen und die stark gestiegene Automobilherzeugung, von der Oberst von Hanneken in einem vor der Reichsbetriebsgemeinschaft Eisen und Stahl Anfang Oktober in Duisburg gehaltenen Rede behauptet hat, auf ihn und nicht auf den unmittelbaren Bedarf für Aufrüstung und Vierjahresplan sei der Eisenmangel zurückzuführen.

Ein Autofabrikant z. B., der Kontingenteisen für eine Betriebserweiterung bekommen kann, wird sich nicht gerade bemühen, mit dem Eisenquantum auszukommen, das aus-

reicht, um die Heeresaufträge auszuführen, sondern er wird die Gelegenheit benutzen, seine Produktionskapazität auch für Privatbestellungen auszuweiten und dadurch seine Konkurrenzfähigkeit im ganzen zu stärken. Steht einmal eine Produktionsanlage von einer bestimmten Leistungsfähigkeit, so kann man dem Fabrikanten kaum vorschreiben, daß er sie nur mit Heeresaufträgen beschäftigt. Dieser sog. mittelbare Bedarf ist reichlich zur Umgehung der Kontingentenvorschriften ausgenutzt worden. Die Folge war, daß nach der »Frankfurter Zeitung« die Kontingente besonders des Bedarfsträgers Wehrmacht ganz gewaltig überschritten wurden, selbstverständlich auf Kosten des zivilen, auf die freien Lager des Eisenhandels angewiesenen Bedarfs. Die Belieferung selbst mit kontingentiertem Eisen geriet dermaßen ins Stocken, daß die Menge der unerledigten Aufträge immer stärker anstiehwoll. Es mußte deshalb zum zweiten Male die Annullierung unerledigter Aufträge anbefohlen werden. Bis zum 15. September mußten alle nichtkontingentierten Aufträge gestrichen werden, deren Ausführungen voraussichtlich länger als drei Monate in Anspruch nimmt. Aber auch ein Teil des bisher kontingentierten, also für dringlich angesehenen Bedarfs wurde aus der Liste der Bedarfsträger gestrichen und auf die ohnehin einschrumpfende Menge nichtkontingentierten Eisens verwiesen. Als Göring mit seinem reichseigenen Eisenunternehmen auf den Plan trat, wurde dieses auf die Liste der Bedarfsträger gesetzt, aber dafür der landwirtschaftliche Siedlungsbau, die »Bauten zur Umbildung des deutschen Bauerntums« und der Getreidesilos daraus verbannt, die bis dahin als Kontingentträger des öffentlichen Bedarfs angesehen worden waren. Die hehrsten Ziele des Nationalsozialismus werden also der Kriegsindustrie geopfert. Für Industrieanlagen gibt es jetzt nur dann noch Baueisen, wenn sie als Bauten im Rahmen des Vierjahresplanes ausdrücklich anerkannt sind. Die Anerkennung muß vom Amt für die deutschen Roh- und Werkstoffe erteilt sein. Unter Vierjahresplanbauten versteht man also in diesem Falle Industrieanlagen zur Herstellung von Ersatzstoffen. Die Folge dieser Einschränkung ist, daß die Eisenzuteilung an die Maschinenindustrie auf 40 Prozent verkürzt wurde. Neuaufgenommen unter die Bedarfsträger ist dafür die Kraftversorgung, weil man neue Kraftwerke braucht, um die neuen Ersatzstoffanlagen in Betrieb zu setzen. Das Tempo der wirtschaftlichen Mobilmachung wird nicht zugunsten des zivilen Bedarfs gedämpft, sondern auf seine Kosten aufrechterhalten.
G. A. F.

Der Weg der Labour Party

von Ramsay Macdonald zu Attlee

Eben hatte ich Attlees neues Buch vorgenommen (»The Labour Party in Perspective« bei Gollancz) als die Nachricht vom Tode Macdonalds kam. Vor die Züge des neuen Führers, die ich aus gedruckten Blättern zu ergründen suchte, traten die lebendig vertrauten des alten. Ich sah den jungen Macdonald vor mir, wie er, der Führer einer kleinen Splitterpartei, sich in Leicester um einen Parlamentsitz bewarb. Seit Jahren erörterten wir in Deutschland leidenschaftlich die Frage, ob es in England auch einmal eine so große mächtige Arbeiterpartei geben könnte, wie die deutsche Sozialdemokratie. An den jungen Macdonald klammerten sich unsere Hoffnungen. Er war für uns die Arbeiterpartei, und die Arbeiterpartei war Macdonald.

Der Krieg brachte die Dinge zur Schnelligkeit. Die Labour Party wurde groß, sie übernahm 1924 zum erstenmal die Regierung und Macdonald wurde Ministerpräsident. Dann aber kam das furchtbare Jahr 1931, in dem die zweite Arbeiterregierung zerbrach und Macdonald, um sein Amt zu behalten, die Partei verließ.

1931 — wir hatten damals in Deutschland wahrlich genug mit uns selber zu tun, aber wie groß war dennoch die Erschütterung, als wir erfuhren, was in England geschehen war! Heute erkennen wir vielleicht noch deutlicher als damals — trotz aller für uns so tragischen Unterschiede — jene Verwandtschaft der Schicksale, die aus einer Verwandtschaft des inneren Wesens sowohl wie der äußeren Umstände entsprang. Dieselbe Wirtschaftskrise, die zwei Jahre später zur Zerschmetterung der deutschen Sozialdemokratie führte, drohte auch die englische Arbeiterpartei bis in ihre Wurzeln hinein zu spalten. Auch in England ging es damals um Bankenkrisen und Industriestillstand, um Deflation oder Inflation, um Ersparungen am Staatshaushalt und Arbeitslosenunterstützungen. Die regierende Arbeiterpartei aber hatte in jener gefährlichen Zeit weder eine Mehrheit hinter sich, noch ein unmittelbar wirksames sozialistisches Programm, mit dem sie die Mehrheit gewinnen konnte. Wie in anderen Ländern erkannten auch in England die Sozialisten erkennen, daß die besten Absichten und die edelsten Grundsätze noch nicht ausreichen, um das Unheil einer kapitalistischen Wirtschaftskrise zu beschwören, sondern daß dazu auch ungeheuer viel Sachkunde und ebenso viel Mut gehört. Macdonald hatte im entscheidenden Augenblick beides nicht oder von beidem nicht genug. Auch er gehörte, wie Snowden und so viele andere, jener alten Generation von Sozialisten an, für die der Sozialismus nur Verheißung war, nicht Aufgabe, und deren Herzen sozialistisch schlugen, während ihre Köpfe noch wirtschaftsliberal dachten.

Wenn die Arbeiterpartei den Führer, der sie in der Stunde der Gefahr verließ, einen Verräter nannte, so war das psychologisch begreiflich. Aber sie tat sich selber Unrecht, wenn sie den Macdonald, der 30 Jahre lang an ihrer Spitze gestanden hatte, als einen Mann hinstellte, der aus niedrigen Motiven handelte. In Wirklichkeit lagen die Ursachen viel tiefer als in einem moralischen Versagen. Auch über Macdonald waltete die Tragik, die die Geschichte der Sozialistischen Internationale seit dem Weltkrieg erfüllt. Lenin führte sein Volk statt in die Freiheit in eine neue Knechtschaft; Eberts Werk ging unter, als wäre es nie gewesen; Macdonald aber wurde in einer dunklen Stunde, in der ihn die furchtbare Last seiner Verantwortung erdrückte, zum Abtrünnigen der Partei, deren Schöpfer er war, und die ihn zu den höchsten Höhen menschlichen Wirkens emporgetragen hatte.

Nach dem kurzen Interregnum des redlichen Lansbury, erwählte die Partei Clement Attlee zu ihrem Führer, einen Rechtsanwalt, der sich vor 30 Jahren als Oxforder Student der Bewegung angeschlossen hatte, einen Mann, der sich nie durch rhetorische oder literarische Paradeleistungen hervorgetan hatte, dessen Rechtschaffenheit, Klugheit und Mut aber

alle vertrauten. Wie man nach dem bisherigen Verlauf der Probe annehmen darf, mit Recht. Attlee war noch kein Führer, als er gewählt wurde. Aber er wächst seitdem in seine große Aufgabe hinein. Dafür legt auch sein Buch Zeugnis ab.

Für uns Deutsche ist es als Ganzes genommen ein wohlthuendes Buch. Zeigt es uns doch, wie kräftig anderwärts noch das alles lebt, was bei uns einstweilen tot und begraben zu sein scheint. Die Probleme, die Attlee erörtert, sind Probleme, die auch uns beschäftigt haben, und die Lösungen, die er findet, sind im großen ganzen dieselben, die auch bei uns gefunden wurden. Sein Bekenntnis zur Demokratie, zur Freiheit der Persönlichkeit, zur gewaltlosen Evolution hätte genau so auch von einem Sozialdemokraten der deutschen Republik abgegeben werden können. Sein sozialistisches Ideal ist auch das unsere. Es gibt allerdings auch Unterschiede, so z. B., wenn Attlee bekennt, daß der Sozialismus der Labour Party weit mehr christlichen als marxistischen Ursprungs ist und daß er mehr aus der Bibel geschöpft hat als aus dem kommunistischen Manifest. Aber von anderen Ausgangspunkten kommend, gelangt er doch zu den gleichen Ergebnissen, er ist ebenso demokratisch im Geistigen liberal und reformistisch, wie es der Sozialismus der deutschen Sozialdemokratie in der deutschen Republik gewesen ist.

Von den Schriften Macdonalds, die uns stets ein wenig sonntagspredigthaft anmuteten, unterscheidet sich Attlees Buch durch klarere ökonomische Einsicht und stärkere Konkretisierung. Es folgt darin dem kurzen »unmittelbaren Programm«, mit dem die Partei ihren neuen Feldzug um die Gewinnung der Wählermehrheit eröffnet hat.

Das unmittelbare Programm, so verkündet Attlee, will die Freiheit des Individuums nicht einschränken, sondern erweitern, indem es dem Staat die Aufgabe zuweist, jeden Einzelnen vor Bedrückung durch andere zu schützen. Zu diesem Zweck soll Grund und Boden in das

Obereigentum der Allgemeinheit überführt werden. Die hauptsächlichsten Großindustrien sollen von der Allgemeinheit übernommen und verwaltet werden, die kleineren zwar Privatbesitz bleiben, doch der öffentlichen Aufsicht unterstellt sein. Der Sozialisierung sollen zunächst Kohle und Kraft sowie das Transportwesen unterliegen. Die Bank von England soll verstaatlicht werden und neben ihr soll ein großes Anleiheinstitut entstehen, das die Kapitalien sammelt, um sie den Interessen der gesamten Volkswirtschaft entsprechend planmäßig zu lenken.

Eine Agrarreform und sozialpolitische Fortschritte — verkürzte Arbeitszeit, verlängerte Schulpflicht, Alterspensionen, bezahlter Urlaub — vervollständigen das Reformprogramm. Für die Uebertragung von Produktionsmitteln aus dem Privateigentum in den Gemeinbesitz sind Entschädigungen vorgesehen.

Die Gefahr einer Staatsklaverei, wie sie in anderen Ländern zur Wirklichkeit geworden ist, sieht Attlee für England nicht. Einerseits soll für die sozialisierten Betriebe ein System geschaffen werden, das zwischen Staatsbetrieb und freier Genossenschaft ein Mittelding darstellt, andererseits aber sieht Attlee auch in der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom englischen Staat keine Gefahr für die Freiheit der Persönlichkeit. Ist etwa, so fragt er, ein englischer Postbeamter ein unfreier Mann? England hat kein Talent zum totalitären Staat.

Hier ist ein Punkt erreicht, an dem sich die Wege scheiden, die Wege des Schicksals freilich mehr als die der Meinung. Es ist bitter für uns, Zeilen, wie die folgenden zu lesen:

»Mir scheint, die Nationen neigen dazu, ihren nationalen Ueberlieferungen treu zu folgen. So war Italien schon oft Schauplatz von wilden Parteikämpfen und Proskriptionen, faschistische Methoden sind für die Nachkommen der Guelfen und Ghibellinen nichts Neues. Militärischer Des-

potismus gehört zu den Wesenszügen der deutschen Geschichte. Es ist eine offene Frage, ob nicht Rußland zu jener Autokratie zurückkehrt, die es solange geduldig getragen hat. Mein Glaube ist, daß auch England seiner Tradition treu bleiben wird, und daß sich hier die notwendigen Veränderungen trotz aller Gegensätze, die die Anhänger des Sozialismus und die des Kapitalismus voneinander trennen, vollziehen werden ohne Blutvergießen und Gewalt. Es entspricht dem Genius des britischen Volkes, alte Institutionen nach neuen Ideen zu ändern und zu verjüngen. Ich glaube, daß derselbe Prozeß, der sich in der Vergangenheit vollzog, auch in der Zukunft sich bewähren wird, um die soziale und ökonomische Struktur dieses Landes zu ändern.«

Klingt das nicht wie die stolzen Worte des »Rule Britannia«?

»The people not so blessed as they
Must in the ranks of tyrants fall...«

Trotz alledem kann Attlee auch für England die Möglichkeit gewaltsamer Entwicklungen nicht ganz ausschließen. Sie scheint ihm aber so fern zu liegen, daß er — außer dem Generalstreik — kein Mittel ihr zu begegnen, auch nur in Erwägung zieht. Die Labour Party hat kein Reichsbanner und keine Eiserner Front, sie kämpft um die Mehrheit und solange sie die nicht hat, muß sie eben die anderen regieren lassen. England und seine Freiheit werden darum nicht zugrunde gehen. Glückseliges Eiland!

Was können die, die im Hellen leben, für uns tun, die in die Finsternis gestoßen sind? Manches und vieles, vor allem können sie ein Beispiel dafür geben, wie ein Volk, das den Boden der politischen Freiheit erobert hat, auch soziale und ökonomische Bedrückung überwindet. Dürfen wir dieses große anfeuernde Beispiel, das uns Rußland nicht gab, aus hundert Gründen nicht geben konnte, von England erwarten? Attlees Buch gibt uns den Mut, es zu hoffen.

Friedrich Stampfer.

Die SA und das Buch

»Es mag für manchen verwunderlich erscheinen, daß sich auch die SA mit Büchern und Dichtern befaßt.«

So beginnt ein Artikel über »Sachsens SA und das Buch«, den der SA-Sturmhauptführer Loesch im »Dresdner Anzeiger« Nr. 306 vom 4. November 1937 veröffentlicht.

Dieser Schäker! Was soll denn daran verwunderlich sein? Natürlich wissen wir das. Wir haben es doch miterlebt, wie die SA sich auch mit Büchern befaßt, als sie die Bücher aus Volksbuchhandlungen, Bibliotheken und Privatwohnungen auf die Straße warf und anzündete, als sie die Bücher unter johlendem Heilgeschrei auf Lastautos zu den Scheiterhaufen fuhr. Das haben wir doch nicht vergessen! Es kam dabei vor, daß ein brauner Scherge Dantes »Göttliche Komödie« auf den Haufen der »beschlagnahmten« Bücher warf, weil das doch sicher »auch bloß so eine gottlästerliche Schwarte« sei. Und es kam vor, wie es in Hellerau bei Dresden geschehen ist, daß ein SA-Mann bei der Durchsuchung einer Privatbibliothek auf eine Reihe Bände mit gleichem Rückentitel stieß, mit der Faust auf eines der Bücher schlug und ausrief: »Nu' guckt sich bloß diese Schweine an! Hier — lauter Blecher über die Huren!« Es waren Schillers »Horen«. Mit einem Schwung flogen auch diese Bände auf den zum Verbrennen bestimmten Haufen.

Wie es also um »Sachsens SA und das Buch« bestellt ist, wissen wir nur allzugut. Das werden wir auch nie vergessen!

Wenn nun die SA ihre eigenen Dichter preist, so genügt es, aus dem Artikel des SA-Sturmhauptführers die Rangbezeichnung einiger von ihnen und die Titel ihrer Bücher zu erfahren, um auch da Bescheid zu wissen: Sturmführer Anacker und seine Gedichtbände »Die Trommel« und »Die Fanfare«; Obersturmführer Herbert Böhm, dessen »Gesang an die Toten der Bewegung« der Truppführer Erich Lauer komponiert hat; Oberführer Hans Zöber-

lein und sein »Befehl des Gewissens«. Das sind so einige aus dem nationalsozialistischen Dichtersturmtrupp. Wenn sie dichten, zittern die Wände.

»Nicht in Schränke und Regale stellt die SA die Bücher, die aus ihrem Geiste entstanden sind, sie erlebt sie, und in allen Teilen unseres Sachsengaus wird man an diesen Dichterabenden spüren können, was es heißt, wenn ein Dichter aus der Mannschaft kommt und für die Mannschaft schreibt.«

Wenn aber von der SA und dem Buch die Rede ist, darf das Buch der Bücher nicht fehlen:

»Ein Buch aber ist das Buch des SA-Mannes von jeher gewesen: Adolf Hitlers »Mein Kampf«. Und gerade an diesem Buch kann man erkennen, daß sich die Begriffe »SA« und »Buch« nicht nur nicht ausschließen, sondern daß sie zusammengehören.« Wer wollte diesen Beweis anzweifeln! Manfred.

Ganz ohne Kopf geht doch die Chose nicht

»Gegen eine gefährliche Verwechslung von Begriffen macht die Reichszeitung der Hitlerjugend »Die HJ«, in einem Leitartikel Front. Sie weist darauf hin, daß es nicht halb soviel »Intellektuelle« gebe, als leichtsinnigerweise mit diesem Wort bezeichnet worden seien, und daß deshalb vorsichtiger mit diesem Wort umgegangen werden müsse. Die Kameraden sollten sich merken, daß nicht alle, die den Dingen ihres Lebens, ihrer Umwelt und des zeitlichen Geschehens auf den Grund gehen (NSV-Hauspitzel, Gestapo-Rechercheure?) »Intellektuelle« seien. Menschen, die dauernd dieses Wort im Munde hätten, seien nicht selten selbst einer persönlichen Denkart unfähig (na, hoffentlich: die ist doch verboten als »Individualismus«!). Wenn ein Forscher in die Wildnis eindringe, so finde man das großartig; aber wenn einer weiter denken wolle, als zum täglichen Gebrauch nötig sei, so begreife mancher das nicht und rede von »Intellektuell«.

Während doch die Wildnis des täglichen Gebrauchs alles andere als großartig ist.

»... Die wirklichen Intellektuellen seien samt ihren irreführenden Lehren zum Teufel gejagt. Die wenigen, die noch hier und da unbeachtet von der Welt herumkriechen, könne man in ihrer Einsiedelei vorkommen lassen (NSV ??). Man müsse sich aber hüten, fortan Menschen, die... mehr wüßten als der Durchschnitt (Diehls, Heildorf ?), als Intellektuelle zu bezeichnen... Man solle diese Kameraden nicht durch den Zuruf »Intellektuelle« stören, das sei kein Zeichen wirklicher Gemeinschaft...«

Zwischenruf eines modernen Archimedes: »Störe mir meine Senfgasformeln nicht durch den Zuruf »Intellektuelle«. Das ist erweislich unwahr. Ich bin noch ein viel größeres Vieh als ihr alle!«

»... Ihnen dürfe nicht die Wucht der Gemeinschaft wie Bleigewicht hemmend anhängen. Dann werde Gemeinschaft zum gleichhemmenden Kollektiv bolschewistischer Massen.«

Haut Du meinen Individualismus, hau ich Deinen Kollektivismus. Jüdisch ist doch alles.

»Wer die Leidenschaft zu forschen und zu denken habe, dürfe nicht aus der Gemeinschaft ausgestoßen werden oder im Urteil der Kameraden als »Intellektuelle« gelten. Deshalb wolle man sehr sparsam sein mit diesem Wort (wie mit der Butter), denn es schade nur, als es mit ihm wirklich noch zu vernichten gebe.« (»Frankfurter Zeitung«).

»... und grüß mich nicht unter den Linden.« Die gar nicht mehr da sind.

»Antisemitenehrung. Göbbels hat den verstaubten antisemitischen Literaturprofessor Adolf Bartels, einen der Macher des Vorkriegsantisemitismus in Deutschland, feierlich zu seinem 75. Geburtstag beglückwünscht. Es ist eine Demonstration der Verwandtschaft des braunen Systems mit der dümmsten Vorkriegsreaktion.

Junges Glück

Bisher wurden die neuvermählten Paare in Deutschland nur mit einem Exemplar von Hitlers »Mein Kampf« beglückt. Das war immerhin noch erträglich. Der Eber-Verlag verdient daran, und man konnte das Buch bei Gelegenheit dem Onkel Emil schenken, um sich für den abscheulichen Tafelaufsatz aus der SS-Porzellanmanufaktur zu rächen. Jetzt aber hat die thüringische Stadt Ruhla eine Neuerung eingeführt, die zweifellos Schule machen und manchen jungen Hausfrieden vom ersten Tage an vergiften wird. Sie schenkt fortan allen Eheschließenden ein Führerbild im Rahmen mit einer Widmung der Stadtverwaltung. Hier gibt es keine Ausrede, hier hilft kein Onkel Emil. Der Blockwart kommt kontrollieren, der Hauswart stattet seinen Besuch ab, um die »Verwachsenheit« der Partei mit dem Volke zu demonstrieren, die Winterhilfsladung wirft einen gerührten Blick ins Zimmer. Der Oel-druck muß aufgehängt werden. Nur ein Gutes hat die Sache: der Führer an der Wand hat keine Ohren. Er hört nicht, was beim Eintopf über ihn gesprochen wird.

Für deutsche Frauen

»Heimabendgestaltung für Euch, schaffende Frauen!«

Es ist nicht genug, daß das Dritte Reich seinen Proletariern die Margarine auf der Brötschnitte — die letztere mit vom Vierjahresplan vorgesehenem vorschriftsmäßigem Kartoffelmehlzusatz! — nimmt. Die wahren Hungerkuren, die es ihnen in den Gefilden des Geistes verordnet, reihen sich durchaus würdig ein in die große deutsche »Erzeugungs-« und Entbehrungsschlacht. Vor uns liegt das letzte Exemplar »Schlesische Monatshefte« — »Blätter für nationalsozialistische Kultur des deutschen Südostens«, in der das Breslauer »Kraft durch Freude«-Amt der Deutschen Arbeitsfront Vorschläge an seine »Dienststellen« für die Durchführung einer Veranstaltungsserie dieser Saison unter dem vielversprechenden Motto:

»Heimabendgestaltung für Euch, schaffende Frauen!«

gelangen läßt. Wir zitieren aus der Dienst-anweisung wörtlich:

»Wir bringen als ersten Vorschlag Anregung zur Heimabendgestaltung im November mit den Gedenktagen:

9. November 1923: Marsch Hitlers und seiner Getreuen zur Feldherrnhalle in München. 12 Nationalsozialisten fallen.

11. November 1914: Tag von Langmark. Bericht der Obersten Heeresleitung: »Westlich Langemark brachen junge Regimenter... usw.«

Wort des Monats: Leib stirbt, Sippen sterben, Du selbst stirbst wie sie usw. (Edda)

Gemeinsames Lied: Nun läßt die Fahnen fliegen in das große Morgenrot, Das uns zu neuen Siegen leuchtet oder brennt zum Tod usw.«

Vorlesen: Walter Flex: Wanderer zwischen zwei Welten.

Anschließend gesprochen: Worte von Annacker:

Vor einem ostpreußischen Gericht wird sich in der nächsten Zeit ein siebzehnjähriger Bursche wegen versuchten Raubmordes zu verantworten haben. Die Geschichte des Verbrechens weist einige für das Dritte Reich typische Züge auf.

Herbert S., siebzehn Jahre alt, Melker auf einem größeren Gut, kauft von einem dreizehnjährigen Jungen eine Pistole. Er zeigt sie stolz seinen Arbeitskollegen, die fast alle älter sind als er, und knallt damit einen wohlgezielten Schuß ab. Niemand wundert sich, niemand nimmt ihm das Spielzeug fort. An schießende Kinder hat man sich in Deutschland längst gewöhnt. Im Oktober wird Herbert zu einer ärztlichen Untersuchung beim Reichsarbeitsdienst vorgeladen, Ende des Jahres soll er einrücken. Da läßt er zunächst einmal seine Arbeit liegen. Wozu sich abrackern? Erst kommt der Arbeitsdienst, dann der Militärdienst, dann vielleicht der Krieg. — Der Junge will noch einmal »sein Leben genießen«. Im Nachbardorf hat er ein Mädchen. Bis zur nächsten Kleinstadt ist es nicht weit, dort gibt es ein Kino, einen Tanzsaal. Als die Mutter, bei der er wohnt, einen Teil seines Lohnes für den Unterhalt verlangt, ist das Geld schon vertan. Herbert lügt den Eltern vor, der Gutsbesitzer habe ihm den letzten Lohn noch nicht gezahlt. Nun kommt es darauf an, sich eine ausreichende

Wir senken die Fahnen, der Toten zu denken, Der Brüder, die starben, erschlagen vom Feind usw.

Vorlesen aus: Boppele: Reden des Führers (Eber-Verlag), oder

Vorlesen: »Der neunte November aus den Vorschlägen der Reichspropagandaleitung zur nationalsozialistischen Feiergestaltung, 2. Jahrgang 1936, einzusehen bei der Kreisgewerkschaftsführung. Anschließend:

Gesprochen: Worte von Annacker: Und ihr habt doch gesiegt! Hört ihr des Führers wunderbares Wort, Ihr, die Ihr lange schon unter dem Rasen liegt —? usw.

Gemeinsames Lied: Nichts kann uns rauben Liebe und Glauben zu unserem Land Es zu erhalten und zu gestalten sind wir gesandt! usw.«

Wie gesagt: das alles »für Euch, schaffende Frauen!« Acht Stunden täglich, wenn nicht gerade Ueberstunden sind, pinnen wir Knöpfe auf Uniformhosen, raffen Kartonsagen oder füllen Blausäure in Granatenhüllen. Aber ist das vorbei, dann lassen wir »die Fahnen fliegen ins Morgenrot« und haben gar keine anderen Gedanken — nicht an den Mann in der Grube, nicht an die hungernden Kinder zu Hause, nicht an die dünne Kartoffelsuppe, die es heute wieder gibt, weil keine Eier und keine Wurst zu haben waren — — — gar keine anderen Gedanken, als nur an die Vorschläge der Reichspropa-

Kleine Familienreportage

Fritz, Maria, Sally und ihre Kinder.

Sie heirateten 1924. Er war ein schöner Mann, groß und blond. Sie brauchte nicht mehr hinter dem Warenhaustisch zu stehen und sich von dem jüdischen Rayonchef Befehle erteilen zu lassen. Sie bekam ihre eigene kleine Wohnung, und auf der Ueberdecke in ihrem Schlafzimmer stand, in vielen Kreuztischen, während der Schulzeit mühselig erarbeitet, der Spruch: »Dich weckt das Licht zu edler Pflicht.«

Zwei Kinder brachte sie ihm zur Welt, zwei Mädchen, Liselotte und Ingeborg. Die beiden Kleinen sahen mit erschreckten Augen, wie der Vater fast jeden Abend die Mutter schlug. Schon lange lagen sie im Bett, da hörten sie mit zitterndem Herzen, wie unter den Schreien der Mutter das Klüchgeschirr zerbrach. Dann sang der Vater noch lange und es schallte dröhnend von den Wänden zurück: »Trink, Brüderlein trink, und lasse die Sorgen zu Haus.«

1931 wurde die Ehe geschieden. Die Frau behielt die Kinder. Er allein wurde für schuldig erklärt. Sie suchte Heimarbeit, weil der Vater ihnen den zugesprochenen Unterhalt nicht zahlte. Das Wohnzimmer wurde vermietet. Der fremde Herr spielte oft mit den Kindern. Er war Reisender einer Seidenfirma. Wenn er zurückkam, brachte er den Kindern Schokolade mit. Er war freundlich, er wußte viele Geschichten zu erzählen und hieß Levy.

Georg Hermann, der den Roman von Jettchen Gebert geschrieben hat, würde sagen: »Und es kam, wie es kommen mußte.« Im Jahre 1932 gab es vor dem Kölner Standes-

Der Siebzehnjährige

Rassenkunde und Raubmord

Summe zu verschaffen, ehe der Schwindel herauskommt. Da fällt dem Burschen der Revolver ein. Es scheint ihm, wie er später dem Untersuchungsrichter versichern wird, »die leichteste Art, einen Menschen zu töten und zu berauben«. Als der ältere Arbeiter E. Liedtke, an den sich Herbert im Gasthaus herangemacht hat, mit dem Fahrrad einen einsamen Weg entlang fährt, schießt der Bursche ihn in den Rücken. Der schwer verletzte Mann fährt blutend ein paar Meter weiter. Darüber entsetzt sich Herbert so sehr, daß er davonläuft.

In Deutschland geschehen gegenwärtig so viele Verbrechen jugendlicher Gewalttäter, werden neuerdings so oft ganze Banden halbwüchsiger Diebe und Straßenräuber ausgehoben, daß der einzelne Fall kaum des Erzählens wert wäre. Aber dieser zum Raubmord entschlossene Herbert S. hat in seinem Geständnis einen Satz ausgesprochen, der ihn als gelehrigen Schüler der neudeutschen Verlogenheit kennzeichnet. Er hat dem Richter erklärt, es sei ihm wichtig gewesen, daß sein Opfer unverheiratet war, und er hat salbungsvoll hinzugefügt: »Ich wollte keinen Familienvater töten!« (Nachzulesen in der »Preußischen Zeitung« vom 21. November.) Tönen hier nicht wie ein höllischer Chor die täglichen Phrasen der

nationalsozialistischen Rundfunkredner, Zeitungsschreiber mit? Dröhnt es nicht im Hintergrund: »Wer zur Erhaltung der Rasse nicht beiträgt, begeht ein Verbrechen an seinem Volke — Nur die kinderreichen Familien sind für den Staat wertvoll — Der Einzelne ist nichts — Wer den Geist der Erneuerung, den Geist Adolf Hitlers nicht begriffen hat, muß aus der Volksgemeinschaft ausgerottet werden!« In dem verwirrten Hirn des siebzehnjährigen Angeklagten haben sich die Phrasen nur ein wenig verschoben. Ein alternder Arbeiter ohne Kinder, für den Krieg nicht mehr zu brauchen, wozu ist er gut? Weg damit. Ihn zu erschießen ist die »leichteste Art«, Geld zu erlangen. Der Einzelne ist nichts, die Rasse ist alles.

Herberts Altersgefährten in den Konzentrationslagern prügeln jährlich so viele Menschen zuschanden — warum soll gerade er wie ein Lamm leben? Die Verteidigungsrede, die der angehende Raubmörder in eigener Sache hielt: »Ich wollte keinen Familienvater töten«, schmeckt nach rasekundlichem Unterricht, HJ-Schießstand, Blutmythos und heldischem Zeitalter. In ihrer schiefen, fetten, verlogenen Sentimentalität ist sie eine Anklagerede gegen die nationalsozialistischen Menschenverderber von Rosenberg bis Schirach.

gandaleitung zur nationalsozialistischen Feierabendgestaltung, zweiter Jahrgang, 1936... Nicht wahr, das ist doch alles so ganz und gar einleuchtend?!

Ein teuflischer Schmöker!

Wie sage ich es dem hitlerdeutschen Gymnasialisten —?

In dem Deutschland amtlich empfohlenen »Führer durch die neusprachlichen Schul-Schriftsteller« zum Gebrauch für Gymnasien und höhere Realschulen wurde jetzt auch das Buch des Engländers Dr. Renier: »The English are the human« empfohlen. Wir gestehen: wir kennen das Büchlein nicht; das wissen wir aber nunmehr, daß diese amtliche Empfehlung sich für das Dritte Reich durch das Versehen irgend einer Schulbehörde geradezu wie ein moralisches Eisenbahnunglück darstellt. Denn im »Fachblatt des Nationalsozialistischen Lehrerbundes« in der für das Fach zuständigen gleichgeschalteten Zeitschrift »Die neueren Sprachen« wird der Arbeit Dr. Reniers, an der die deutschen Pennäler von Obertertia aufwärts ihr Englisch bewähren wollen, folgendes Schandkataster vorgehalten:

»Außerordentlich häufig bezieht er (Renier) sich auf jüdische und marxistische Schriftsteller. Da wird Heine in einem Atemzug mit Schopenhauer genannt. Marx wird außerordentlich gelobt. Die Diskussion über Einsteins Relativitätstheorie zeigt — nach Renier — das

Interesse des modernen Menschen für die Wissenschaft. Der Halbjuden Bergson wird ausführlich besprochen. Die jüdische Neubearbeitung des alten Singspiels »Die Dreigroschenoper« (Brecht-Weill) wird in einer Anmerkung erwähnt. Auch Remarque mit »All quiet on the Western Front« fehlt nicht...«

Es ist wahr: so viel Teufel auf einmal halten keine SS-Nerven aus.

Hephästos

»Wenn alle diese Gesichtspunkte beachtet werden, wenn die Sofortbehandlung des Klumpfußes, zu der sich die deutschen Orthopäden bekannt haben, in richtiger und schonender Weise durchgeführt wird, dann wird die Zeit kommen, wo auch Hephästos sich nicht mehr von dem schöngezeichneten Kriegsgott in den Schatten zu stellen lassen braucht und dann die Götter des Olymps nichts mehr zu lachen haben.«

Professor Hohmann von der Orthopädischen Universitätsklinik Friedrichshagen in der »Zeitschrift für ärztliche Fortbildung« (21. ds.)

Ullsteins Ende. Eine außerordentliche Hauptversammlung der Ullstein AG hat beschlossen, den Firmennamen in »Deutscher Verlag, AG« umzuwandeln. Die Aenderung ist sofort in Kraft getreten.

Im Schwarzen

Walfisch...

Im Schwarzen Walfisch, da speist' ein Mann, Just auf den Eintopf-Tag, Bis daß er krank vom Walfischfleisch Am Marmortische brach...

Im Schwarzen Walfisch, am Eintopf-tag, Da sprach der Wirt: »Halt an! Mich dünkt, diese Geste zielt Auf den Vierjahresplan!«

Im Schwarzen Walfisch, am Eintopf-tag, Sprang aus der Kellner Schar Ein hurt'ger Mann ans Telefon: »Der Staat ist in Gefahr!«

Im Schwarzen Walfisch, am Eintopf-tag, Da stöhnt der Gast: »O weh, Ich hielt mich an die Vorschrift ganz, Nun hab ich Diarrhöe!«

Im Schwarzen Walfisch, am Eintopf-tag, Da schlug die Uhr halb vier: Da kam die Gestapo und brach Den Fremdling aufs Revier!

Im Schwarzen Walfisch, am Eintopf-tag, Wird nicht privat gedeckt, Man frißt Vierjahres-Walfischspeck, Un wer nicht mag, verreckt,

Muckl.

amt eine Ziviltrauung: aus Maria Schmitz geschiedene Lommertzheim wurde Maria Levy. So glücklich wie die Mutter waren Lilo und Inge. Onkel Sally wurde ein noch besserer Vater. Jeder Samstag, wenn er von der Reise nach Hause kam, wurde ein Fest für die Kinder. Obwohl inzwischen das Dritte Reich ausgebrochen war, wagte es der Klapperstorch, ihnen eine Schwester zu schenken. Sie hatte etwas schwärzliches Haar und hieß Ruth.

Die Zeit ging vorbei, Vater Sally reiste für seine Firma nach wie vor, und jedes Wochenende vereinigte fünf zufriedene Menschen, drei Arier, einen Juden und einen kleinen Mischling. Die Fanfare der Nürnberger Gesetze störte ihren häuslichen Frieden nicht.

Aber für Fritz Lommertzheim, den Vater von Lilo und Inge, waren sie ein Weckruf. Er verlangte vom Gericht die alleinigen Vormundschaftsrechte über seine Kinder, wobei er zur Begründung anführte, daß seine frühere Frau mit einem Juden verheiratet und damit die deutsche Erziehung seiner Kinder gefährdet sei. Das Gericht stellte Erhebungen an. In den Akten stand, daß Lilo und Inge mit ihrer Mutter zwar mit Sally Levy und ihrer kleinen Halbschwester Ruth glücklich und zufrieden zusammen lebten, aber an sich sei so etwas überhaupt nicht mehr zulässig, weil es teils dem Willen des Führers, teils der neuen Lehre, teils dem gesunden Volkempfinden widerspräche.

Die Richter waren in einer peinlichen Lage. Intime Auskünfte über den Bürobeamten und SA-Mann Lommertzheim lauteten einhellig: trunksüchtig und gewalttätig. Die

Richter fällten einen salomonischen Spruch: Fritz Lommertzheim dürfen unter diesen Umständen die Vormundschaftsrechte über seine Kinder nicht gegeben werden. Andererseits aber sei es gänzlich unstatthaft, daß deutschblütige Kinder weiterhin in einer Hausgemeinschaft mit einem Juden verbleiben. Damit seien sie einer dauernden weltanschaulichen und moralischen Gefahr ausgeliefert. Die Mutter habe noch zwei Schwestern. Jede von ihnen müßte, so entschied das Gericht, eines der beiden Kinder Lommertzheim gegen entsprechende Bezahlung in ihrem Haushalt aufnehmen...

Es kam der erste Oktober 1937. Lilo und Inge lebten ihre Pflegetanten gar nicht besonders. Sie waren viel älter als die Mutter und wohnten weit fort. Es gab einen tränenreichen Abschied, von der Mutter, von Sally Levy und der kleinen Ruth, mit der sich so schön spielen ließ.

Jeden Sonntag aber kann man sie alle ganz verstehen in einer entfernten Ecke des großen Kölner Stadtwaldes erblicken. Vater Sally hat Lilo und Inge fest und glücklich an den Händen, Mutter Maria führt die kleine Ruth. Bei der Trennung gibt es wieder, wie ein stiller Beobachter vermerkt, zahlreiche und überaus rassenvermischte Abschiedsküsse.

*

Nachwort: Diese kleine Geschichte ist hübsch erfunden. Aber am erfindungsreichsten ist heute die deutsche Wirklichkeit. Alles Tatsächliche veröffentlichte genau so, wie es oben steht, Deutschlands größte Provinzzeitung, der »Westdeutsche Beobachter.«

Napoleon unterm Bett

Raskolnikoff, der Student aus Dostojewskis bekanntem Roman »Schuld und Sühne«, ermordet eine alte Pfandleiherin und raubt Pretiosen, um sich vor sich selbst sein Uebermenschentum zu beweisen. Er will dastehen wie Napoleon, erhaben über die Masse des menschlichen Herdenviehs. Nachher kommen ihm freilich Bedenken: »Wäre Napoleon«, so fragt er, »wohl auch unter das Bett einer alten Wucherin gekrochen?«

Das Lächerliche der Vorstellung »Napoleon unterm Bett« soll den läppischen Zug der Unternehmung des Möchte-gern-Napoleon entlarven. — Aber da regt sich heute ein leiser Protest. — »Wieso lächerlich?«, fragt die Welt siebzig Jahre nach Raskolnikoff, »Napoleon wäre ja wirklich unterm Bett gekrochen!«

Spaß beiseite! Kennen wir Napoleon so genau? — Wir meinen: Jenen Napoleon, der noch Bonaparte war? Der erst Napoleon werden wollte und krumme Pfade zur Macht erkletterte? — Wir haben uns lange daran gewöhnt, den Imperator in der Gloriole der Heineschen Schwärmererei zu sehen. Aber heute, in Kenntnis gewisser moderner Napoleons, blättert man mit mehr Verständnis als ehemals in den Memoiren eines Barras, der den noch kleinen Bonaparte in den Unterhosen seines Menschlich-Allzumenschlichen porträtiert hat. War die Entrüstung, mit der wir uns früher von Barras' Klatsch abwanden, so hundertprozentig gerechtfertigt?

Wer war Barras? — Sagen wir: ein Tardieu vor anderthalb Jahrhunderten. Ein Konjunkturpolitiker ohne feste Ueberzeugung, ein Ehrgeiziger mit starker Neigung zum Genuß, dem es einfiel, eines Tages den kleinen Colonel Napoleon lancieren zu wollen, — wie der Tardieu von heute einmal den Colonel de la Roque lancierte!

Spotte niemand des Vergleichs! Er paßt nach der einen wie nach der andern Seite! Vielleicht hat der kleine Abenteurer Napoleon auch anfänglich vor dem mächtigen Konsul Barras die Hacken zusammengeknallt wie Oberst de la Roque vor Minister Tardieu. Und warum sollte de la Roque es nicht unter ein klein wenig günstigen Umständen auch zum Napoleon gebracht haben, zu einem Dritten Napoleon zum mindesten, wenn nicht zum Ersten? Er steht geistig und moralisch in nichts hinter seinen heutigen erfolgreichen Diktator-Kollegen zurück: allein schon die Eisenstirnigkeit, mit der er erwiesene Tatsachen abtreibt, beweist es zur Genuge.

Zwei Millionen Anhänger zählen die Feuerkreuzer de la Roque nach ihrer Behauptung. Nun, das sind zwar noch keine vierzig Millionen, aber das ergibt immerhin ein Sprungbrett. Mancher heute herrschende Diktator hat weit kleiner angefangen, hat noch vier Jahre vor seiner Machtergreifung keine ganze, kaum eine halbe Million Anhänger gezählt. Nicht die zu Zählenden, sondern die Zahlenden sind es ja, die den Diktator machen!

Und da sind wir beim punctum saliens angelangt. Ist der Sprung der Vorstellung

Ein Franzose wundert sich...

über die „Führerschule“ in Vogelsang

Sechzehntausend junge Männer von der SA, der SS und der Hitlerjugend werden alljährlich auf ihre Tauglichkeit für die obersten Führerschulen geprüft, die sich, drei an der Zahl, in Crössensee in Pommern, in Sonthofen in Bayern und auf der Burg Vogelsang in der Eifel befinden. Von diesen Sechzehntausend werden tausend ausgesiebt; ihnen erschließen sich die letzten Quellen nazistischer Weisheit, und nach dreijähriger Unterrichtung sind sie so weit, als »Führer« auf das deutsche Volk losgelassen zu werden. Die Zöglinge der höchsten Parteischule sind bevorrechtete Anwärter auf alle Futterkrippen des Dritten Reichs.

Einem Franzosen ist es gelungen, sich in die Burg Vogelsang Eingang zu verschaffen, und was er dort gesehen und erlebt hat, schildert er im »Manchester Guardian« ungefähr so, wie wenn ein Tibetforscher oder ein Besucher der Indianerstämme Innerbrasilien seine Abenteuer erzählt.

Ein Wachposten mit Stahlhelm und aufgeflepptem Bajonett empfängt ihn am Gittertor, ein herbeigeholter Offizier prüft seine Papiere und läßt ihn dann passieren. Am Tor des Hauptgebäudes wieder ein Posten mit Stahlhelm und Bajonett. Dann betritt der Gast, von einem uniformierten Führer begleitet, die so sorgsam bewachten Räume. Er staunt über die ungeheuren Ausmaße der Baulichkeiten. Da ist ein

Speisesaal, in dem nicht weniger als tausend Personen Platz haben, ein Lesesaal, der nicht minder gewaltig ist — aber die Bücherei enthält nichts als nationalsozialistische Parteiliteratur, Atlanten, Statistiken und Werke über Rassenkunde. Nach einem Rundgang durch Baracken, Bäckereien, Küchen und Kantinen kehrt der wißbegierige Franzose noch einmal zur Bibliothek zurück, und was er da erlebt, soll er selber erzählen:

Ein Atlas lag aufgeschlagen auf einem Tisch. Ich fand die deutschen Kolonien noch als deutsch bezeichnet und das Elsaß noch nicht als französisch. Eine beigegebene Erläuterung besagte, daß dies Gebiete seien, die Deutschland gestohlen wurden. Das beste aber sollte noch kommen. Oberhalb des Speisesaals für Tausend ist ein Vortragssaal abermals für Tausend. Am Ende dieses langen Raumes befindet sich ein Podium, von dem aus der Schulleiter mit Hilfe eines Lautsprechers zu den Schülern spricht. Rechts von dem Podium ist ein Vorhang. Er kann zurückgezogen werden, um das heiligste aller Heiligtümer zu enthüllen. Flankiert von Hakenkreuzfahnen, sich abhebend von einem Hintergrunde von weißem Stein, umgeben von den eingemeißelten Namen der Münchener Putschopfer, erscheint in einer Flut von Licht eine Statue. Sie stellt eine männliche Gestalt von acht Fuß Höhe dar: kraftvoll, muskulös, mit erhobener Rechte grüßend, während sich die geballte Linke an die Seite reckt. Das ist der typische Artier,

der Homo Germanicus, der neue Gott, in dessen Abbild der Deutsche sich selbst bewundert und verehrt.

Ich verließ Vogelsang, tief aufgewühlt, erschüttert über die geistige Leere des Betriebes, voll dunkler Ahnungen einer Zukunft, die in die Hände dieser Fanatiker gelegt sein wird. Der Offizier versicherte mir, als wir hinausgingen, ich hätte die Sache nicht recht begriffen — tröstende Worte, die mich keineswegs überzeugten.

Als ich zu meinem Wagen zurückging, hörte ich ein dröhnendes taktmäßiges Getrappel, begleitet von Gesang. Schnurgerade ausgerichtet, gleichbeschuht, die Feldmützen auf die Köpfe gepreßt, kehrten die künftigen Führer in ihre Baracken zurück. Eins, zwei, eins, zwei — mächtig hämmerten sie den Boden, Staubwolken flogen auf, während sie auf uns zumarschierten. Ich lauschte dem fröhlichen Sang aus jugendlichen Kehlen inmitten dieser lieblichen, sanften Hügellandschaft. Sie machten eine Wendung, aber noch ehe sie sich entfernten, fing ich zwei Zeilen ihres Liedes auf:

Und wenn die Handgranate kracht,

Das Herz im Leibe lacht....

Das war ihr Abendlied, setzt der erstaunte Franzose noch hinzu, und damit schließt er. Er hätte zur Beruhigung seiner Leser weiter hinzufügen können, daß »Führer« solcher Art noch niemals in der Geschichte Führer zum Siege gewesen sind.

so weit von einem Obersten de la Roque, der vor Tardieu mit dem gespickten Banknoten-Portefeuille untätigst die Hacken zusammenknallt: »Zu Ihren Diensten, Herr Minister«, zu einem Napoleon, der unterm Bett der Wucherin kriecht, wo er die Geldkassette sucht? In Punkte »persönliche Würde« ist das eine vom andern wirklich nicht so himmelweit verschieden.

Hier darf man den Franzosen gratulieren: Sie können jetzt mit eigenen Augen sehen, wie ihr Napoleon in spe unter das Bett der Wucherin Tardieu gekrochen ist. An de la Roque's Unschuld glauben nicht einmal mehr seine eigenen Schlagetots, die nach herkömmlichen Faschistenbrauch den ersten Enthüller der peinlichen Angelegenheit durch Boxhebe erledigt haben, — sie sogar am wenigsten! — Es war ja doch wohl auch die Nazi-Schlägergarde, die 1932 den Kapitän Klotz wegen der Veröffentlichung der Röhm-briefe niederschlug und die 1934 jubelte, als der Mord an Röhm mit dessen sexuellen Verfehlungen gedeckt wurde!

Mit tiefer Bekümmernis denkt man nur daran, wie ganz anders die Dinge auch in Deutschland hätten kommen können, würde man dem deutschen Volk zur rechten Zeit einen Napoleon gezeigt haben, wie er

unterm Bett der Wucherin kriecht. Wer zweifelt an der theoretischen Möglichkeit? Auch bei uns waren es die Zahlenden, nicht die zu Zahlenden, die entschieden. Vielleicht hätte Herr Schleicher, wenn er den Mund rechtzeitig aufgetan hätte wie Tardieu, nicht ihn für immer schließen müssen. Und wenn man das Bett der alten Wucherin gar als Symbol nicht nur für geheime Staatsfonds, sondern für geheime Konten Privater Nabobs nimmt, so wäre unter mehr als einem Bett mit Erfolg zu suchen gewesen.

Hat es in Deutschland an Tardieus gefehlt? Wir glauben nicht. Der Typ Tardieu ist weder besonders wertvoll noch besonders selten in der Politik. Nur ist er zumeist auch feige. Er freut sich inageheim der Waffe, die er besitzt, aber er macht keinen Gebrauch von ihr. »So etwas sagt man, aber so etwas tut man doch nicht«, predigt der Vertreter der bürgerlichen Scheinmoral bei Ibsen. Sie haben es nicht getan, haben es nicht gewagt. Denn — natürlich — man kompromittiert auch sich selber ein wenig dabei. Ein einziger Tardieu mit dem Mut, mit der Rücksicht oder was es immer sei, zu reden, — was hätte er dem deutschen Volke erspart! So aber wird man erst nach langen, langen Leiden in Deutschland erfahren, wie auch die deutschen

Napoleonsgestalten unter den Betten der Wucherinnen zu finden gewesen wären, damals, als Napoleon noch Bonaparte war!

Jonathan.

Die Stimme des Bartes

Herr Franz Renz, der Obermeister der deutschen Haarformierung, hat sich bemüht, einen glänzenden Beweis für den kulturellen Hochstand seiner Ahnen zu erbringen. Er hat den Schauspieler Heinrich George mit einer 3000 Jahre alten Bronzeklinge rasier, die angeblich bei der Ausgrabung einer germanischen Siedlung gefunden wurde. Edle Teile wurden nicht verletzt. Leider hat Herr Renz einen Mißgriff begangen. Um dem wahren, durch Adolf Hitler erlösten deutschen Geist gerecht zu werden, hätte er bis zur Steinzeit zurückgehen und den George mit einer Streitaxt rasieren müssen. Daß man in der germanischen Bronzezeit kostbares Material für die Herstellung von kosmetischen Apparaten vergeudet, beweist nur, wie früh der deutsche Verfall begonnen hat. 3000 Jahre Mißwirtschaft sind natürlich in tausend Jahren gar nicht wieder gutzumachen.

Spanisches Heldenlied

Durch die Welt geht der Schrei eines Volkes, dessen Städte zerschossen, dessen Menschen von Granaten zerfetzt werden, weil es sich nicht zum Vasallen Italiens und Deutschlands degradieren lassen will. »Das spanische Volk sucht seit einem Jahre das Weltgewissen zu wecken, dies Weltgewissen, das es nicht mehr gibt...« Ringsum sind Demokratie und schauen zu, wie eine Demokratie nach Piratenmanier und ohne Kriegserklärung abgewürgt wird. Es gibt einen Völkerbund — ach, wirklich? Gibt's den noch? Er will eine Ausdehnung des Krieges auf Europa verhindern, deshalb dürfen der rechtmäßigen, überfallenen Regierung keine Waffen geliefert werden. Wenn das einen Schutz für das übrige friedliche Europa bedeutet, gut, es wäre so etwas wie ein politischer Grund, gemeines Unrecht zu dulden. Aber diese Tolerierung des faschistischen Banditismus ist kein Schutz, ist im Gegenteil Anreiz zu weiteren Überfällen, bedeutet militärische Stärkung imperialistischer Raubstaaten. Erhaltung des Friedens fordert die Erhaltung der demokratischen Positionen, fordert ihre Verteidigung mit allen Mitteln. Ist dieses friedlichere Europa mit Blindheit geschlagen?

Das Buch, das solche Gedanken aufwirbelt heißt schlicht: »Spanisches Bilderbuch«, geschrieben von Anna Siemsen. Mit 26 Kunstdruckseiten, auf denen spanisches Leben, Kämpfen, Leiden dargestellt wird. (Preis 22 Kf, Internationale Verlagsanstalt, Paris.) Auf 88 Textseiten gibt die Verfasserin die Eindrücke von ihrer spanischen Reise. Sie schildert das Land, die

Menschen, den Krieg, gibt einen Querschnitt seiner Geschichte und Kultur; sie berichtet Gesehenes und Gehörtes und läßt in einfachen prägnanten Strichen das Wunder erleben, das Wunder: wie hier ein Volk von Arbeitern und Bauern aufgestanden ist, um seine Freiheit zu verteidigen, wie es sich mit nackter Brust erhob, in harter Verteidigung eine Armee auf die Beine stellte, mitten im Kampf die Waffen schaffen mußte, um das Land vor Landesverrätern und fremden Eroberern zu retten. Sie schildert die jungen Soldaten, die sich eine Niederlage dieses Freiheitskampfes nicht denken können, die Frauen, die sich aus der Abgeschlossenheit von ehemals erhoben und in der Heimatfront als Kameradinnen an die Seite der Männer traten, die Kinder, die von den Maschinengewehren italienischer und deutscher Mordflieger gejagt werden, die Glüte, die das ganze Volk seinen Kindern widmet. Sie gibt Gespräche mit bürgerlichen Menschen wieder. Diese Gespräche beweisen, wie erlogen all die Greuelmärchen sind, die eine reaktionäre Presse über den angeblichen »roten Schrecken« in Spanien durch die Welt posaunt. Sie sprach in Madrid protestantische Pfarrer der Kirche Jesu, um zu hören, was Jesus heute noch in Spanien zu sagen hat. Diese Pfarrer erklären: »Erst die Republik hat uns die religiöse Gleichberechtigung gebracht.« Diese Pfarrer erzählen von der Volksfeindlichkeit der ehemaligen Staatskirche. Kein Geistlicher wird in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes gehindert. Ein neuer Jesus erhebt in diesem religiösem Volke, der soziale Jesus. »Ob die Kirchen an diesem Glauben Anteil haben werden, das hängt wohl davon ab, wie tief sie sich erneuern

können...« Und noch etwas entsteht, trotz aller Zuneigung zu den tapferen Freiwilligen der Internationalen Brigade:

»Es wächst ein Fremdenhaß heran, eine Abneigung gegen die »gente de fuera«, die Leute von draußen, die entweder als Mörder kommen, oder als laue und halbe Freunde, die mit Worten trösten und gleichzeitig die Waffen, die allein retten können, verweigern. In unserer ohnedies so zerrissenen von Haß und Mißtrauen erfüllten Welt ist das sehr schlimm, und was heute veräskelt wird, das kann sich einmal bitter rächen.«

Die scharfe Beobachterin Anna Siemsen stimmt darin mit anderen Beurteilern überein: Nie wird dieses Volk sich einer Fremdherrschaft fügen, auch wenn der deutsch-italienische Söldling Franco siegen sollte, geht der Kampf um Spaniens Freiheit weiter.

Man kann mit der Verfasserin über manche ihrer politischen Formulierungen rechten. In einem Epilog führt sie die gespenstische Irrealität des europäischen Lebens auf »die überall herrschende Macht der Lüge und des verlogenen Schlagwortes« zurück. Das erklärt zweifellos manches, aber nicht alles. Verlogene Schlagworte können diese Verwirrung anrichten, weil sie entartete Abfallprodukte jener sozialen Gegensätze sind, die in demokratischen Staaten offen miteinander ringen, während diese Gegensätze in den Diktaturstaaten unterirdisch schwären. In den entscheidenden Demokratien stehen einem beträchtlichen Teil der Bourgeoisie überlebte Klasseninteressen eben immer noch höher, als wohlverstandene nationale Interessen. Man kann auch die französischen Sozialisten und ihren Kampf für die Unterstützung der Valenciaregierung nicht gut der Lauheit bezichtigen. Spätere Zeiten werden

darüber genauere Auskunft geben können. Aber im Ganzen gesehen muß man der scharfen Kritik zustimmen, die Anna Siemsen an der egoistischen Vogelstraumpolitik der entscheidenden demokratischen Staaten übt. Ihnen ruft das Buch in zwölfter Stunde zu: »Habt doch Erbarmen mit euch selber!« Denn jeder Sieg des modernen Barbarismus bringt alle, alle der großen Weltkatastrophe näher. rg.

Der Erkenntnistopf

Durch die deutsche Presse machte ein NSG-Propagandaartikel die Runde, der den Satz enthielt:

»Es kommt am Sonntag nicht darauf an, was bei dem einzelnen auf den Tisch kommt, sondern darauf, daß er wirklich Eintopf ist in der Erkenntnis: ich esse heute ein einfaches Mahl!«

Wer in dieser Erkenntnis einen Rehrücken verzehrt, genügt seiner vaterländischen Pflicht genau so wie der Ribbenesser. Wotan schaut den deutschen Ministern ins Herz und nicht in den Magen.

Bald gibt es Walsteak

Im Zoologischen Museum in Dresden fand im Oktober eine Sonderausstellung der Naturwissenschaft im Dienste des Vierjahresplanes statt. Der »Dresdner Anzeiger« berichtete darüber und brachte den Gourmands im Lande der »Fettliche« frohe Botschaft:

»Sehr interessant ist eine Schau der verschiedenen Produkte des Waifanges, unter ihnen auch des Walsteaks, das bald in allen Läden zu kaufen sein wird.« Welchem Volke sonst wird so etwas geboten? Neidisch könnte man werden!

Im Dienste des Monopolkapitals

Ein neues Aktiengesetz

Die soziale Reform des deutschen Aktienrechts war vor Hitlers Machtantritt bereits gründlich vorbereitet worden und es soll nicht bestritten werden, daß die aus dem Jahre 1897 stammenden Bestimmungen des Handelsgesetzbuches den großkapitalistischen Meistern der Konzern- und Trustverschachtelung reichlich Gelegenheit geboten hatten, mit der Rechtsform der Aktiengesellschaften das Herrschaftstreiben der Monopolunternehmen in jeder Hinsicht zu erleichtern. Hier hätten die Nazis einmal Gelegenheit gehabt, gemeinschädliche, volksfeindliche »liberalistische« Verhältnisse grundlegend zu ändern. Hier war zu beweisen, daß das Wirtschaftsunternehmen ein selbständiges, schutzwürdiges Rechtsgut ist, hinter dem das Eigeninteresse des Aktionärs zurückzutreten hat. Bei dieser Reform mußte sich aber auch erweisen, ob die »Betriebsgemeinschaft« in den Organen einer Aktiengesellschaft auch nur in der bescheidensten Weise wahr gemacht werden soll. Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften hatten vor allem ausreichende Kontrollmöglichkeiten und Einfluß der Volksgesamtheit, eine die Belegschaften berücksichtigende Zusammensetzung der Aufsichtsräte, eine Korrektur des Mehrstimmrechts, wie überhaupt einen Schutz gegen den Eigennutz der Großaktionäre gefordert. Die Diktatur der Großaktionäre hatte sich in den bekannten Skandalaffären, wie bei der Frankfurter Allg. Vers.-A.-G. als unerträglich erwiesen.

Wenn irgendwo, so hatte in diesem Falle die Nazi-Diktatur eine ausgesprochene soziale Pflicht zu erfüllen. Was aber ist geschehen, das »Deutsche Arbeitsrecht« (Oktober 1937) berichtigt über »die neuen sozialen Bestimmungen des Aktienrechts«, die am 1. Oktober in Kraft getreten sind. Damit wird die bisherige Diktatur der Monopolkapitalisten nunmehr geradezu gesetzlich sanktioniert. Das Führerprinzip des Vorstandes der AG. ist das A und O des neuen Gesetzes.

»Der Vorstand als gesetzlicher Vertreter der AG (§ 71) ist auch zugleich der Führer des Betriebes im arbeitsrechtlichen Sinn. Besteht der Vorstand aus einer Person, so ist diese allein der Führer des Betriebes, besteht der Vorstand aus mehreren Personen, so sind bei Gesamtvertretung die mehreren Mitglieder gemeinsam, bei Einzelvertretung jedes einzelne Mitglied als Führer des Betriebes anzusehen.«

Die diktatorische Selbstherrlichkeit der Leitung (Vorstand) wird zunächst durch die Entmachtung der Generalversammlung gesichert. Sie war bisher oberster Träger der AG. Künftig kann die Plenarversammlung nur noch in bestimmten Einzelfragen entscheiden, aber auch nur dann, wenn »der Vorstand es verlangt.« (§ 103). Die Pflichten der Leitung sind in § 70 in keiner Weise präzisiert. Das neue Gesetz wiederholt nur die bekannten Phrasen. Danach ist die Gesellschaft so zu leiten, »wie das Wohl des Betriebes und seiner Gefolgschaft und der gemeine Nutzen von Volk und Reich es erfordert.« Mit solchem Phrasengedrech haben schon die Nazi-Direktoren beim seligen Lahusen in Bremen ihre Betrügereien decken können.

In sozialpolitischer Hinsicht befaßt sich das Gesetz ausschließlich mit dem Schicksal der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, während für die Gefolgschaften noch nicht die einfachste Rahmenbestimmung enthalten ist. Aber bleiben wir bei den Vorständen — wer erinnert sich nicht der Hetze, die 1932 von den Nazis gegen die Riesengehälter der Direktoren und Aufsichtsräte getrieben worden war. Die Nazi-Apostel erklärten damals:

»Mit Aktiengesellschaften und Gewerkschaften werden die Nazis nicht verhandeln, sie werden beide jüdischen Einrichtungen zerstören.«

Heute werden die Führer der Gesellschaften mit ihren Einkommen, die in die Hunderttausende gehen und ebenso die Aufsichtsräte nicht nur in ihren Monstreinkommen nicht beschränkt, sondern geradezu gesetzlich geschützt. Die Brünningsche Notverordnung vom 6. Oktober 1931, die eine Herabsetzung »übermäßig hoher Dienst- und Versorgungsbezüge« ermöglichte, ist aufgehoben. Der neue § 78 besagt mit nichtssagenden Worten:

»Die Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder sollen in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben des Vorstandsmitgliedes und zur Lage der Gesellschaft stehen.«

Was ist bei den Millionenprofitten der großen Gesellschaften »angemessen«? Mit frecher Stirn schreibt heute »Deutsches Arbeitsrecht«:

»Eine bestimmte Höchstgrenze hat das

Gesetz für die Gesamteinkommen der Vorstandsmitglieder nicht vorgeschrieben. Die Verhältnisse sind zu vielgestaltig, als daß eine ziffermäßige Regelung möglich wäre.«

Höchstgehälter waren nur möglich, solange die Nazis noch nicht selbst Gesetzgeber waren. Heute sagen diese Lakelen der Großverdiener:

»Was angemessen ist, bestimmt sich nach der Verkehrssitte.«

Ja, sie verspotten sich selbst und sagen weiter:

»Daß Vergütungen, die einen gewissen Betrag übersteigen, allgemein den heutigen Anschauungen widersprechen, läßt sich nicht sagen. Vielmehr gilt im heutigen Staat der Leistungsgrundsatz.«

Man vergleiche mit diesen Grundsätzen im heutigen Staat die Nürnberger Lohntheorie, wie sie den Arbeitern und Angestellten aufgezwungen worden ist. Mit echt »liberalistischer« Formulierung wird darüber hinaus erklärt, »daß Vergütungen, die über dem Durchschnitt liegen, einen Anreiz zu Spitzenleistungen bieten, die dem Wohle des ganzen Volkes zugute kommen. Auch die Gewinnbeteiligung nach § 77/3 kennt keine Grenzen, sondern nur das »angemessene Verhältnis.«

Für die Gefolgschaften kennt das neue Gesetz, soweit es sich um Wohlfahrtseinrichtungen handelt (Erholungsheime, Beihilfen usw.) nur »freiwillige Leistungen«.

»Hat die Satzung die Leistung vorgeschrieben, so verliert sie dadurch nicht den Charakter der freiwilligen Leistung.«

Die Einkommen der Aufsichtsratsmitglieder sind (§ 98/1) entsprechend vorgesehen, ebenfalls ohne Begrenzung nach oben. Sie sollen eine Vergütung bekommen, die »mit ihren Aufgaben und mit der Lage der Ge-

sellschaft im Einklang steht«. Die Gewinnbeteiligung ist wiederum »angemessen«. Unter den sozialen Gesichtspunkten wird die Möglichkeit von Werksparkassen rühmend hervorgehoben.

»Das Bestehen einer Werksparkasse ist aber nicht Voraussetzung für Werksparkeinlagen.«

Der Arbeiter darf »eine Ersparniase in jedem Falle bei dem Unternehmen anlegen, welche Großmut! Eine wirkliche Reform des Aktienrechts ist den Nazis nicht eingefallen. Ihre Fürsorge für die Gefolgschaften geht so weit, daß das Gesetz zur Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat vom 15. Februar 1922 aufgehoben worden ist, ohne im neuen Aktiengesetz auch nur Belegschaften, die nach Tausenden zählen, einen einzigen Vertreter im Aufsichtsrat zu geben. Selbst der so gefügige Vertrauensrat und die Deutsche Arbeitsfront bleiben gänzlich ausgeschaltet. Natürlich ist auch das Gesetz über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und Verlustrechnung vom 5. Februar 1921 aufgehoben, ohne den Belegschaften dafür irgend welchen Ersatz zu bieten. Man redet von sozialer Ausgestaltung der aktienrechtlichen Publizität, aber die »Mitarbeiter« dürfen noch nicht einmal eine Betriebsbilanz zu sehen bekommen.

Das neue Aktiengesetz mußte mehr, als alle bisherigen Nazi-Verordnungen zum Prüfstein ihrer »antikapitalistische« Haltung werden. Diesmal ging es eindeutig um die Macht des Monopolkapitalismus. Das neue Gesetz hat auch nicht einen Ansatz gemeinsinniger und sozialer Gedankengänge gebracht. Das Gesetz ist die Vollendung der Diktatur des Monopolkapitalismus. Die Nazis haben sich als seine getreuen Knechte erwiesen.

Paladine

Kriegsschieber, Statthalter und Kulturhüter

Wer erlauben will, welch ein entsetzliches Geschwafel das deutsche Volk auszuhalten hat, der darf sich nicht nur von den Festreden der obersten Götzten begrüßeln lassen, sondern der muß ab und zu eine Etage tiefer hinab hören, um das Gequassel der zahllosen Paladine zu erleben, von den kleineren Chargen ganz abgesehen. Greifen wir einen heraus: den sächsischen Reichstatthalter und Großverdiener Mutschmann.

Bautzen. Festtagung des »Helmatwerkes Sachsen«. Hitlers Statthalter leitet die »Sächsische Kulturwoche« ein, rechnet mit der entarteten Kunst ab (Fa. Mutschmann, Garn und Wolle en gros!), tritt »jeder Schändung und Verspottung des sächsischen Stammes und seines Volkstums« schärfsten entgegen und geht dann »zur sprachlichen Haltung« über. Diese müssen in Sachsen ganz andersch wern, meechte mr sprechen:

»Wenn ich auf die Erziehung zur Sprechdisziplin so besonderen Wert gelegt habe, dann vor allem deshalb, weil wir sprachlich in einigen Teilen Sachsens zweifellos hinter vielen deutschen Stämmen zurückstehen... Die Ausrichtung von der Sprecherziehung her wäre aber nur eine halbe Arbeit, wollten wir unsere sächsischen Volksgenossen nicht gleichzeitig mit dem kostbaren Stoff erfüllen, den uns die weiten Gebiete der Volkstumspflege und des Brauchtums bieten.«

Die »Ausrichtung von der Sprecherziehung her« — der Satiriker überlegt, wie er den Kulturquatsch dieses banausischen Kroppezeugs sprachlich kopieren könnte, aber auf solche Wendungen käme keiner, wenn er sie nicht im Bericht des »Rieser Tagblattes« (11. 11. 1937) schwarz auf weiß serviert bekäme. Selbstverständlich sprach gleich darauf ein Dr. Hartmann von der Sächsischen Staatskanzlei für eine »groß angelegte sprecherzieherische Ausrichtung... Arme West- und Ostachsen! Ei herjeeses, nu ähm — das klingt bei Wotan! nicht schön, aber wie klar mutet es neben dem undeutschen Gequatsch eurer Bonzen immerhin an. Nun sollt ihr »sprecherzieherisch überholt« werden, noch dazu von einem Fabrikanten, dem das »Wees Knebbchen« aus allen Knopflöchern dampft. Man muß ihm reden gehört haben, um dieses Stück sächsischer Tragikomik voll zu erfassen.

Ende Oktober sprach dieser Reichstatthalter vor dem »geschlossenen Einsatz« der sächsischen Betriebsobmänner und sagte laut »Dresdner Anzeiger« (25. 10.):

»Es geht um die Verwirklichung

des wahren Sozialismus... Der wahre Sozialismus ist uns Gebot für alle Zukunft...«

Der Bericht verzeichnet stürmischen Beifall. Alle Naziredner haben an solchen Stellen Beifall, es ist immer eine bissige Demonstration gegen das braune System. Bei Mutschmann bekommt der Beifall einen besonders höhnischen Beigeschmack, denn er gehört zu den schäblichsten Unternehmern des ehemaligen roten Sachsen. Als er am 30. Oktober in Dresden eine Propaganda-Aktion einleitete und in den Saal schaute: »Wir brauchen ein heroisches, kühnes und mutiges Volk von rassischer und charakterlicher Festigkeit; wie ja überhaupt der Nationalsozialismus aus dem Fronterlebnis heraus geboren ist« — da konnten sich selbst die abgehärteten SA-Leute das Lachen nicht verbieten. Denn Mutschmanns Fronterlebnis ist von besonders heroischer Art: Er wurde Kriegsschieber der Etappe. Während das Volk verblutete, saß er in Lille, kaufte französisches Garn zu Spottpreisen oder ließ es gleich für sich (per Schmiergeld) beschlagnahmen. Nach dem Kriege gebot er im Vogtland über drei Werke. Es ist gerichtsnotorisch und aktenkundig, daß er seine Arbeiter und Arbeiterinnen ständig unter Tarif bezahlte und deshalb mit den Gewerkschaften fortgesetzt Differenzen hatte. Bei der Firma Mutschmann und Eisentraut verdiente eine Arbeiterin in sechs Stunden 72 Pfennige. Sein Fronterlebnis in Garn und Wolle en gros machte ihn zum Nazi und Geldgeber Hitlers.

Einer von vielen Kriegsschiebern und Ausbeutern, die heute, als besonders saftiger Beleg des »nationalen Sozialismus« an der staatlichen Futterkrippe sitzen und in »kultureller sprecherzieherischer Ausrichtung« machen, wie einst in Garn und Wolle.

Nach dem Kazett der Hungertod

Das Femeital gegen alle Hitlergegner

Schon vor geraumer Zeit hat der Reichsarbeitsminister Seidte als höchste Aufsichtsinstanz für die großen deutschen Sozialversicherungsämter die Ausführungsbestimmungen zu einer entsprechenden Kabinettsordre des Hitlerregimes erlassen, wonach allen Personen, die wegen »staatsfeindlicher Betätigung«, »Heimtücke«, Nichtzuverlässigkeit im Sinne des »national-

sozialistischen Gedankengutes« irgendwie einmal mit den Terrorinstitutionen der Diktatur, sei es ihrer Justiz oder ihrer Gestapo und SS, Bekanntschaft gemacht haben, die öffentlichen Renten, also Unfall- oder Invaliden-, Angestellten- oder Knappschaftsrenten usw. gesperrt werden können.

Mit diesem schon bestehenden förmlichen Femeital gegen die »Staatsfeinde« nicht genug! Neben den öffentlichen Renten laufen in Deutschland in annähernd gleicher Weise und Höhe solche, die die nicht-behördlichen Berufsgenossenschaften auf Grund mehr oder weniger freiwilliger, mit öffentlich-rechtlichem Schutz ausgestatteter Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer an ihre Mitglieder vergeben. Also liest man jetzt in der »Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege« (sie ist mittlerweile auch das große Publikationsorgan des NSV geworden), daß

»der Verband der deutschen gewerblichen Berufsgenossenschaften die zuständigen Reichs- und Staatsstellen ersucht hat, zu veranlassen, daß die Strafanstalten und die Verwaltungen der Konzentrationslager angewiesen werden, ihnen von jedem Fall der Einlieferung unter Angabe des Vergehens Mitteilung zu machen« (!)

Ist das nicht eine förmliche Schönheitskonkurrenz der Denuntiatoren, der Spitzel und der Ohrenbläser?! Das Regime hat die Nation so moralisch degradiert, daß jeder kleine Portokassenrendant am liebsten selbst Scharfrichter gegen »Staatsfeinde« spielen möchte, damit es ihm nicht selbst an den Kragen geht.

Der vollkommene Bankbeamte

Die deutschen Zeitungen melden:

»Der Leiter der Reichsbetriebsgemeinschaft Banken und Versicherungen in der »DAF«, Rudolf Lencer, machte in einer Kundgebung in Magdeburg von einer Neuerung Mitteilung, die auch in die Betriebsordnungen Eingang finden solle. Ausschlaggebend bei Beförderungen in höhere Stellungen habe danach zu sein, ob sich der zu Befördernde als Aktivist in einer Gliederung der Partei betätige.«

Nur wer sich als Aktivist in der Partei betätigt hat, kann Statistiken gehörig rechts- und linksrum schwenken lassen, kann Bilanzen zackig ausrichten und den fehlenden Devisen die Flötentöne beibringen.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Kariovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guild. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pt. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad. Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Rumänien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Bukarest, Konto »Neuer Vorwärts«, Bukarest Nr. 2088. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.